

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Briefporto),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Biesenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigeschossige Zeitzeile über deren Raum 80 A.

Inhalt: Die Landarbeiterfrage. — Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Arbeitseigne. — Wirtschaftliche Industrie. — Politische Umstöße. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Abregeungen, Differenzen. — Ländliche Streitbreiteagentur? — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes Berichte. — Den Spiel erreicht. Kritische Betrachtungen zum breitfachen W. — Central-Krankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeitsschaden, Submissionen u. c. — Aus anderen Berufen. Generalverhandlungen. — Gewerbe. Rechtsvorsorge und Arbeitsversicherung. — Polizei und Gerichte. — Berichtedienst. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Zentralverband der Maurer Deutschlands.

### Konferenz der Fliesenleger.

Die erste Konferenz der im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisierten Fliesenleger, die wir hiermit einberufen, findet Montag, den 30., und Dienstag, den 31. Dezember d. J., zu Hamburg statt. Sie tagt im Gewerkschaftshaus und beginnt Montag Vormittag 9 Uhr.

Die Tagesordnung wird, vorbehaltlich der Genehmigung der Konferenz, wie folgt festgesetzt:

1. Berichterstattung.
2. Agitation und Organisation.
3. Lohn- und Arbeitsbedingungen.
4. Anträge, soweit sie bei den vorstehenden Punkten nicht erledigt wurden.

Für die Wahl der Delegierten zur Konferenz sind die an anderer Stelle in dieser Nummer bekannt gegebenen Wahlteilungen und das beigelegte Wahlreglement maßgebend.

**Der Verbandsvorstand.**  
J. A. Th. Bömelburg.

### Die Landarbeiterfrage.

Diese Frage bildet einen integrierenden Teil der großen Arbeiterfrage, der sozialen Frage überhaupt. Sie ist ihrem ganzen Inhalt nach nicht neu. Die Behandlung freilich, die ihr unserk Agrarier angehören lassen, könnte zu der Annahme verleiten, daß erst die moderne Zeit sie geschaffen hat, daß der moderne Industrialismus für ihre Entstehung verantwortlich ist. Allerdings ist dieser Faktor engstens mit ihr verbunden, aber sie ist nicht lediglich aus ihm erwachsen. Bereits das schwache Jahrhundert, das nur die ersten schwachen Anfänge des Industrialismus kannte, hatte seine Landarbeiterfrage, die sich in ihrem Grundcharakter von der heutigen nicht unterscheidet. Auch damals war es die Landflucht der Arbeiter mit ihren für die Großgrundbesitzer so unangenehmen Konsequenzen, woraus sie entstand. Und dieselbe Ursache, aus der heutigen Landflucht resultiert, bewirkt sie damals: die schlechte, menschenunwürdige Behandlung der Arbeiter durch die Grundherren; die Tyrannie, genannt "patriarchalisches System", der diese Arbeiter unterworfen waren, die Sehnsucht nach Freiheit und einer besseren Existenz trieb sie an, der gutsherrlichen Scholle zu entrinnen und zu industrieller Beschäftigung überzugehen.

Seitdem sind etwa vier Jahrhunderte verflossen, während der sich die Entwicklung der Industrie immer rascher vollzog. Aber das Grundherrentum ist sich in dieser ganzen langen Zeit gleich geblieben. Immer hat es über die Landflucht der Arbeiter, über die Leutenot gelagt — aber niemals und nirgend hat es sich dazubekommen, der Landflucht durch gute und gerechte Behandlung der Arbeiter zu begegnen. Es ist ein brutales, ungerechtes Herrentum geblieben, das von freien, mit Menschenrechten ausgestatteten Landarbeitern nichts wissen will, sondern nur schollenfeste Agrarsklaven gestellt läßt und für sich ein „überbärbartes Recht“ auf „patriarchalischem Regiment“ in Anspruch nimmt.

Studieren wir die Schilderungen der Lage der Landarbeiter in Preußen, die bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts zurückreichen, so ergibt uns Schauder und Entrüstung über das schreckliche Los, zu dem das Grundherrentum diese Menschen verurteilt hat.

Wie sich unter dem patriarchalischen Regiment der Junter das Leben der Landarbeiter gestaltete, davon kann man sich eine erbauliche Vorstellung machen nach einer Schilderung schlesischer Dorfzustände im achtzehnten Jahrhundert. Danach war die Hest dieser Arbeiter „fünf bis achtzig im Jahre Fleisch, oft von krankem oder halb krepiertern Vieh, sonst Grapen, Grieß und Ebsen, nicht immer salt zu essen. Gamster, das Fleisch von krepiertern, mit Schutt bedeckten Kühen suchen sie unter dem Schutt hervor und essen es auf der Stelle.“ Halb nackt laufen sie umher. „Die meisten gehen das ganze Jahr ohne Strümpfe. Im Sommer haben die meisten nur ein großes, weggeworfen Hemd und ein paar Beinleider an. Weiber, alte wie junge, gehen noch im Oktober ohne Hemd und haben bloß einen schlechten Weibrock an und eine Koppe auf ihrem Leibe, so daß man die bloße Brust und den Leib bis auf die Hüfte sehen kann.“ Wenn sie dann ihre Leben unter einer Herrschaft vollbracht haben, von der sie sagen, daß sie „lieber zehn Jahre im Buchthaus, als zwei Jahre bei ihr arbeiten würden“, so ist das Ende des Voraufgegangenen würdig: „Die meisten werden, wenn sie gestorben sind, in eine von Mistketten zusammengehaltete Hölle gelegt und dann begraben.“

Um dieselbe Zeit schrieb ein Herr von Wendendorf, der Landarbeiter sei „nach Vernunft — und Naturrecht verpflichtet“ der Herrschaft so viele Dienste zu verrichten, als er leisten könne, „ohne dabei zu grunde zu gehen“. Ein anderer adeliger Schriftsteller meinte 1800: es sei die „angeborene Bestimmung“ der Männer, dem Junter unterworfen zu sein, ihm zu frönen.

Man lese das bedeutsame Werk des Professors J. F. Knapp über die sogenannte Bauernbefreiung in Preußen im Anfang des vorigen Jahrhunderts, und man wird finden, wie trefflich sich die Jünger auf das Ausschinden ihrer Lohnslaven verstanden. Erbuntertänig waren diese Arbeiter; sobald ihre Kinder herangewachsen waren, hatten sie sich dem Herrn vorzustellen, damit er die tauglichen zum Zwangsdienste aushebe. Der auf Reformaten absitzenden Stein-Horbenbergischen Gefegebung wußten die Jünger erfolgreich zu begegnen. Das Landflaventum blieb fatisch bestehen; seine Lage erfuhr keine Verbesserung. Und trotz der strengen Beschränkung und Überwachung der Auswanderung schwoll die Zahl der Landflaven, die Junterherrschaft entrannten, immer mehr an.

Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 ließ das Königlich preußische Landeskonsistorium durch das landwirtschaftliche Kollegium eine Enquete über die Lage der ländlichen Arbeiterbevölkerung veranstalten, um der Frage nach einer Verbesserung dieser Lage näher zu treten. Es gingen 185 Berichte ein, die vom Generalsekretär des Kollegiums, Professor von Lengerke, zu einem Werk verarbeitet wurden, das auf Befehl des Ministeriums für landwirtschaftliche Angelegenheiten unter dem Titel „Die ländliche Arbeiterfrage“ herausgegeben wurde. (Berlin 1849.)

In diesem amtlichen Werke, dessen sich auch Ferdinand Lassalle in seiner unter dem Titel „Die Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“ bekannten Vertheidigungsbrede bediente, ist die Lage der ländlichen Arbeiter als sehr schlecht geschildert. Ueberwiegend haben sie, nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in den Rheinlanden und anderen Teilen der Monarchie „ein hinreichendes und regelmäßiges Auskommen“. Sie haben selbst bei billigen Nahrungspreisen beständigen Nahrungsmangel. „Größtenteils erreicht diese Klasse von Menschen kein hohes Alter, woran natürlich die schlechte Lebensweise

und der Nahrungsrummer schuld sind.“ Ein großes Elend überall. Was geschah von seitens der Regierung und der Junter, um diese Art, dieses Elend zu überwinden? Nichts! Es blieb alles hütch beim alten.

In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es konervative Sozialpolitiker — Huber, Wagner, Dr. A. Meyer u. a. — die für eine Reform der Verhältnisse der ländlichen Arbeiter eintraten. Sie stimmten darin überein, daß um großen Geschenken für Staat und Gesellschaft vorzugehen, die sich aus der Auflösung und der Versetzung aller überkommenen Institutionen und Organismen ergaben, „das Recht der Lohnarbeit geschützt werden müsse“, auch das der ländlichen Arbeiter. Als staatsgefährliche Individuen, die den Gewaltkampf provozieren, behandelte Meyer die Jünger, die da glaubten, „ihre“ Arbeiter durch Zwang beherrschen zu müssen. Meyer und Wagner entwarfen im Jahre 1872 auf Befehl Bismarcks ein Gesetz über „Einführung des Normalarbeitszeitages“ von höchstens 56½ Stunden wöchentlich, das auch für die ländlichen Arbeiter Gültung haben sollte. Dafür und wegen der scharfen Sprache, die er gegen das Jüngertum führte, wurde Meyer 1873 aus der konservativen Partei ausgestoßen. Den Gesetzentwurf brachte Bismarck gar nicht zum Vorschein. Das Jüngertum war nicht dahin zu bringen, als Mittel zur „Lösung der Landarbeiterfrage“ etwas anderes zu erkennen, als die Herrenwillkür, die Unterdrückung der Freiheit der Arbeiter, den Polizeiknüppel und — mehr Religion.

Wir haben noch ein im Jahre 1872 erschienenes Buch eines Konfervativen, des Ehren. v. d. Goltz, über „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“ verübt. Der Verfasser glaubt, seine Hoffnung auf die Einsicht der Grundherren setzen zu dürfen, denen er warnend vom Standpunkte des „Ordnungspolitikers“ aus zuruft:

„Wenn wir den ländlichen Arbeitern zu einer befriedigenden Lebenslage verhelfen, wird es den Männern, die den Umsturz der bestehenden Zustände herbeizuführen trachten, nie gelingen, ihre Pläne zu realisieren, während eine fortdauernde Vernachlässigung der ländlichen Arbeiter mit der Zeit die letzteren ganz gewiß für die sozialistische Agitation empfänglich und dann zu gefährlicher Feinde der bürgerlichen Ordnung machen wird, als es bisher noch irgendwo in Deutschland die sommerlichen Arbeiter gewesen sind.“

Um ein klare Verständnis über den Zustand der ländlichen Arbeiter zu ermöglichen, weiß v. d. Goltz darauf hin, daß sie fast ohne Ausnahme Kinder, Entel oder höchstens Urenkel von Leuten sind, die noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in dem Zustande großer Unfreiheit der Gutsuntertänigkeit lebten, an die Scholle gesetzelt, der Willkür ihrer Herren unterworfen, an Unselbstständigkeit und Untertüchtigkeit gewöhnt, ohne oder mit ganz geringer Schulbildung aufgewachsen waren, auf einer Stultfluse und in einer Lebenshaltung, die es ihnen wieder möglich noch zum Bedürfnis mache, über den Zweck ihres Daseins näher nachzudenken, oder sich um etwas weiteres als um die Befriedigung der dringendsten Lebensnotdurft zu kümmern. Jetzt ist es die Jüngerschaft, die den ländlichen Arbeiter zum gefügigen Werkzeug der Herren macht. Goltz sagt darüber, daß sehr viele Gutsherrn aus „rassem Egoismus“ und „angelernter Gewissenhaftigkeit“, die den Arbeitern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Und auf die Frage, wie es dann komme, daß solche Besitzer — immer noch Arbeiter bekommen, antwortet er:

„Dieser Umstand findet seine Erklärung zunächst in dem Stumpfsein und der Gleichgültigkeit vieler Dienstleute, die lieber in ihrer traurigen Lage zurückbleiben, als daß sie ernsthafte Anstrengungen zu einer Verbesserung derselben machen. Ferner darin, daß

in derartigen Verhältnissen die Deute meist stets in der Schul des Herrn stehen und nicht abziehen können, ohne leichtere zu tilgen, wenn sie nicht ihre wertvollste Habe zurücklassen wollen."

Also **Arbeitskräfte** und zugleich **Schulflänen**! Von den Landarbeitern in Oberschlesien sagt unser Gewerksmann, ihre Lage sei auf vielen Gütern sehr trüglich, so daß sie oft an dem notwendigsten Mangel leiden. Und über die Wohnungsverhältnisse dieser Landarbeiter bemerkt er:

"Es gibt noch viele Laufende von Arbeitserwohnungen, in denen die Gesundheit ihrer Insassen auf das ernstlichste gefährdet ist, die auch nicht einmal den Schein einer menschlichen Behausung an sich tragen, und in denen es den Bewohnern unmöglich ist, auch nur den gewöhnlichsten Regeln der Sittlichkeit Rechnung zu tragen."

Er sagt, ferner, daß die erbärmlichen Wohnungen wesentlich dazu beitragen, daß unter den Kindern der ländlichen Arbeiter eine so ungewöhnlich große Sterblichkeit herrscht, und daß die Erwachsenen so häufig schon in den besten Jahren einem frühen Siechtum anheimfallen". Dazu nimmt v. d. Goltz die fast durchweg übermäßig lange Arbeitszeit und die Mangelhaftigkeit des Schulunterrichts.

Man beachte wohl: das wurde 1872, also vor 85 Jahren geschrieben! Aber auch v. d. Goltz hat sich vergeblich bemüht, das "Gewissen" der Großgrundbesitzer wachzurufen und sie zu einer "Politik der Gerechtigkeit", wie er wünschte, zu bestimmen. Selbst der eindringlichste Hinweis auf die aus ihrer Ungerechtigkeit resultierende "Gefahr des Unterganges" hat bei ihnen nichts gefrustet. Für die Bekämpfung dieser Gefahr verloren sie sich auf die Polizei, die Justiz, die Kanonnen und Bajonetts, alles in allem auf eine Politik der Gewalt und auf den einlullenden Einfluß der Geistlichkeit. Als im Jahre 1872, veranlaßt durch das Buch des Herrn v. d. Goltz, in Berlin eine "Konferenz ländlicher Arbeitgeber" tagte und ein bürgerlicher Agrarier, Herr Knauer, Kröher, für Lohn erhöhung sprach, erklärte Herr von Wedell-Malchow: man müsse die Kirche zu Hilfe rufen, die doch "stets dem Herrn zu Diensten stand" (wahrschafftig, das tat sie); durch die christlichen Ideen müsse das "unberechtigte Drängen der ländlichen Arbeiter nach Genüssen und Verbesserungen der materiellen Lage zurückgewiesen werden". Ein Herr von Göben aber sagte: Reiche Gutsbesitzer gaben für Schweinställe mehr aus als für Arbeitserwohnungen.

In den seitdem verflossenen 85 Jahren sind die Agrarier durch "Liebesgaben" auf Kosten des Volkes und mehr noch noch durch eine vollausbeuterische Schutzzollpolitik bereichert worden. Aber nichts haben sie unternommen, die Lage ihrer Arbeiter zu einer menschenwürdigeren zu gestalten. Dass sie hier und da gezwungen waren, infolge des Arbeitermangels höhere Löhne zu zahlen, war für sie nur ein Ansporn, immer rücksichtslos die Vergemächtigung und Fesselung des Arbeiters anzustreben.

Wie vor Jahrzehnten, so ist auch heute noch die Lage der Arbeiter in jeder Hinsicht erdrücklich. Noch immer ist ihr Los, brutale Behandlung zu erleben, Not und Elend zu erdenken, in Gefangen zu hausen, die für das Vieh zu schlecht sind. Noch immer wird die ländliche Arbeitervölkerung unter dem Schutzhut der Junfern gesellschaftlich und systematisch in der Erziehung gräßlich vernachlässigt; noch immer gilt für das Herrenamt das Wort: "Der dumme Arbeiter ist der beste". Noch immer ist das landwirtschaftliche Proletariat durch Ausnahmegesetz entzweit. Und energischer, fanatischer als jemals fordern heute die Junfern und Jungergenossen die Vernichtung des Rechtes der Freiheitigkeit; die Staatsgewalt soll die Landarbeiter am gewaltsame Weise verhindern, dahin abzuwandern, wo sie mehr verdienen und ein menschenwürdigeres Dasein genießen können.

Möge sich niemand mehr Mühe geben, das Agrarertum zu einer "Politik der Gerechtigkeit" gegenüber seinen Arbeitern zu belehren. Denn alle Mühe ist vergebens. Wie laut auch das Elend dieser Arbeiter zum Himmel schreit, wie öffentlich ihre menschenunwürdige Lage und Behandlung auch ist, die Masse der Grundherren spricht den überzeugendsten Lästichen heute noch ebenso höhnisch, wie sie es früher getan hat, pochend auf die Güsse des Staatsgewalt, die dieses Element ja von seher in äußerststem Maße genossen hat. Es ist nicht daran zu denken, daß von diesem Herrenamt die Hand gebeten wird zu wirksam reformatorischen Maßnahmen im Interesse der ländlichen Arbeiter. Aber das ist gewiß, daß in absehbarer Zeit dieses Proletariat völlig erwachen und im Bunde mit dem Industrieproletariat auf dem Boden der Prinzipien des demokratischen Sozialismus selbst die Lösung der Landarbeiterfrage betreiben, sich ein besseres Los erkämpfen wird.

### "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer".

Zu diesem Thema führt sich auch die sozialdemokratische "Bremische Tageszeitung". Sie schreibt:

"Zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter wird ein Vertrag geschlossen, wodurch der Kapitalist sich verpflichtet, Geld zu geben, und der Arbeiter — nun, was denn? — ganz einschließlich seiner Arbeit. Der Kapitalist liefert ja keine Arbeit, die der Arbeiter empfängt! Dagegen besteht die Verpflichtung des Arbeiters gerade darin, Arbeit zu liefern für den Kapitalisten. So zeigt sich schon bei Betrachtung des rein bürgerlichen Betriebsverhältnisses, daß der Arbeiter die Arbeit gibt und der Kapitalist sie nimmt". Wie aber ist der volkswirtschaftliche Zusammenhang? Wer bei einem Handel Geld gibt, ist Käufer. Der Kapitalist gibt dem Arbeiter Geld und kauft dafür etwas von ihm. Was kauft er denn? — Seine Arbeit, sagt die bürgerliche Nationalökonomie, und sie deziemt dementsprechend den Arbeitslohn als „Preis der Arbeit“. Auch unter dieser Betrachtungsweise ist immer der Kapitalist derjenige, der die Arbeit empfängt, wie denn auch die bürgerliche Nationalökonomie in ihrer guten klassischen Zeit die greuliche Wortbedeutung von „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ nicht gefunden hat. Das ist erst eine Erfindung ihrer kleinen und kleineren Nachkommen von heute.... Die Bourgeoisie hat alles Interesse, den wirklichen Zusammenhang zu verdunkeln. Ihr auch daran liegen, in den Köpfen der Massen die Idee zu erhalten und zu nähern, als seien es die Kapitalisten, die in ihrer großen Masse Arbeit geben und dafür einen geheilten Anspruch auf Verehrung, Dankbarkeit und — Profit hätten. Deshalb gebraucht sie gesellschaftlich die „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ in der bekannten verdrehten Bedeutung."

Über jedem Missverständnis vorzubringen, könnte man ja zur Bezeichnung des Arbeitsverhältnisses dasjenige Moment des Arbeitsvertrages wählen, in dem es juristisch wie wirtschaftlich am klarsten ausgedrückt wird. Man würde dann die unzähligen Bezeichnungen: "Lohngeber" und "Lohnnehmer" haben.

Diese Terminologie, die wir übrigens vor Jahren auch schon einmal erwähnt haben, wäre jedenfalls viel richtiger sein, als die bisher übliche. Denn in der Tat ist es das Wort "Verhältnis", auf das es einzig und allein in der ganzen Frage sachlich kommt, wie ja denn überhaupt gerade dieses Verhältnis für das ganze Arbeitsverhältnis bestimmend ist. Aber wir kaprizieren uns auch nicht auf diese Terminologie. Nur vorbehaltlich wird es immer sein, zu sagen "Arbeiter und Unternehmer oder Kapitalist".

Die "Deutsche Tageszeitung" irrt mit ihrer Meinung, daß es sich um eine "Haarpaltelei" handle. Nicht sowohl den falschen Worten "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" gilt der Kampf, als vielmehr den falschen Begriffen, die sich damit gegen das Interesse der Arbeiter verbinden. Auf diese falschen Begriffe stützt sich ungerührte Behandlung der Arbeiter. Das Wort "Arbeitgeber" lädt den Begriff des Unternehmers und das Wort "Arbeitnehmer" den Begriff der Erwerbsfreiheit und Pflichtigkeit in sich. Deshalb weg damit!

### Arbeiter = "Treue".

Die Unterdrückung der Arbeit durch Herrschaftsmacht hat es von alters her mit sich gebracht, daß das Arbeitsherrentum für sie eine besondere Unterdrückungsmittel konstruiert. Man mög ihnen bei dem Herrenamt gehorchen, in allen Studien gefügt und treu zu sein. Möchte das Herrenamt sie noch so leicht, ungern und niederrädrig behandeln — sie sollten sich allezeit vom Pflichtgefühl leiten lassen, das heißt, sich unweigerlich und ohne Murren, freudig und ergeben den Willen ihrer sogenannten "Vorgeber" folgen. Es ist der patriarchalische Geist, der aus solcher Moral spricht. Wie finden ihm noch neuerdings befindet in den Grundordnungen.

Für die gewerblichen Arbeiter hat die moderne Rechts- und Wirtschaftsordnung den Begriff des "freien Arbeitsvertrages" gegeben, der sie mit patriarchalischer Herrschaft nicht vereinigt. Und doch waltet auch in ihm noch ein egoistisches Herrschaftsverhältnis vor; der Arbeiter soll der "Autorität" des Arbeitsherrn unterworfen sein. Im allgemeinen ist das Unternehmertum noch weit davon entfernt, in dem Arbeiter einen Gleicherrechtigen zu sehen. Wie haben erlebt, daß Unternehmersförderer in Engagen an dem Reichstag, daß Behörden des Arbeiters zum "Vortherren" behandelt als ein besonderes Treueverhältnis", dessen Bruch sie als "Untreue" im Sinne des § 265 des Strafgesetzbuchs betrachtet wissen wollten mit Schamniss, so besonders im Falle des Strafs. Strafbare Untreue", so sagte man, sei es, wenn Arbeiter ihrem "Vorgeber" durch Niederlegen der Arbeit oder sonstige Maßnahmen Schaden zufügen, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen.

Seit Januart Professor Richard Ehrenberg in einem im Schlesischen "Tag" veröffentlichten Artikel: "Die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft", darüber, daß bei den Landarbeitern das Pflichtbewußtsein geschwunden sei und daß dies Schwund grobe Gefahren bergen, weil es sich beinahe als Massenercheinung entwickelt habe. Seine Aussichten giebt in folgenden Sätzen:

Eine Treulosigkeit, sondergleich, ist eingrissen, eine bewußte, systematische Verhöhnung des Pflichtgefühls, des Gemeinsinns, der Treuepflicht, welche der Kern des Arbeitsverhältnisses ist und dies bleiben muß, wenn der "freie Arbeitsvertrag" nicht wieder verschwinden, wenn der Arbeitszwingung nicht wieder eingeführt werden soll, d. h., wenn wir nicht wieder zu ganz neuen Auslanden zurückkehren sollen.

Sie eine Massenercheinung, wie wir sie jetzt in der Landwirtschaft erleben, etwa eine notwendige Folge des Grundzuges der Freiheitigkeit? Dann allerdings bedarf die Freiheitigkeit der Einführung, eine Fortsetzung, vor der ich meinerseits bisher mich geweigert habe, die sich aber schließlich mit elementarer Wucht ausdrückt.

Kein Recht darf schrankenlos ausgeübt werden, sonst wird es zum Unrecht. Das gilt von der Freiheitigkeit ebenso gut wie vom Eigentumsrecht, von der Gewerbefreiheit und noch von manchen anderen Rechten, die man neuerdings so ethisch einen Gedanken hat. Die grundförmige Auffassung solcher allgemeinen Menschenrechte beläuft bekanntlich noch gar nichts über die Art, wie sie im einzelnen ausgestaltet werden sollen, und wie werden, wenn das öffentliche Wohl es erlaubt, auch vor dem großen Prinzip der Freiheitigkeit nicht handeln dürfen....

Das antisoziale Gebaren eines großen Teils unserer Landarbeiter wird leider nicht ohne Anwendung von Zwang zu beseitern sein; nur wird man dabei vorsichtig Schritt vor Schritt zu Werte geben müssen."

Der Herr Professor hat damit seinen Erfahrungsschatz als Scharfmacher im Dienste des Agrarertums vollaus erbracht. Ist es erhöht? Fast durchweg ist die Lage der Landarbeiter erdrücklich, ihre Behandlung durch das Herrenamt menschenunwürdig (d. darüber untenstehender Artikel). Und nun sagt ein deutscher Professor, in der Unverbindlichkeit seines "wissenschaftlichen" Denkens, aus der Tatsache, daß sich die Landarbeiter gegen ihre Behandlung ausleben, daß sie dem "gräßigen Herrn" entlaufen, daß sie "landstündig" werden, um sich eine bessere Lage zu eringen, den Schluss zu ziehen, es sei damit eine "Treuloseitigkeit sondergleich", eine "systematische Verhöhnung des Pflichtgefühls" eingrissen!!! Und er droht mit Anwendung von Zwang!

Die Wahrheit ist doch die, daß sich die Landarbeiter, zum Bewußtsein ihrer Menschenrechte gelangt, die systematische Verhöhnung und Unterdrückung dieses Rechtes durch das Herrenamt nicht mehr mehr gefallen lassen wollen. Nicht ihr Gebaren ist antisozial, sondern die Annahme und Ungerechtigkeit, womit das Herrenamt ihnen begegnet.

So geht es immer: Wenn die Arbeiter anfangen, unter geballter Wirkung ihrer Interessen ihr Recht zu gebrauchen — dann hört das Herrenamt und seine ordnungspolitische Gefolgschaft, über Misbrauch des Rechts". Dann muß das Recht unterdrückt und vernichtet werden. Kann es eine solide Verhöhnung der Begriffe des Rechtsstaates geben? Und vorsichtig, Schritt vor Schritt, soll das nach der

## Wer seine Mitgliedsrechte erhalten will, zahlte seine laufenden Beiträge sowie auch die Extra-Beiträge voll bis zum Schluss!

Das deckt sich mit den Ausführungen, die wir schon öfter, seit 20 Jahren, so auch in einer der letzten Nummern unseres Blattes gemacht haben.

Die "Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bundes der Landwirte, nimmt auch Rücksicht auf die bissigsten Auslandskundgebungen. Sie behauptet:

Eine Verlausfung der Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer fordert man in der sozialdemokratischen Presse. Hieran soll vom Arbeitgeber als von dem Arbeitnehmer und vom Arbeiter als Arbeitgeber gebrochen werden." Das ist ein starker Irrtum; denn es ist noch keinem sozialdemokratischen Blatte eingefallen, die naive Forderung zu erheben, die Begriffe zu verlaufen und fortan den Arbeiter "Arbeitgeber" und den Kapitalisten "Arbeitnehmer" zu nennen. Die Firma ist lediglich zu dem Schluß gekommen, daß der sogenannte "Arbeitgeber" vom sogenannten "Arbeitnehmer" niemals, bzw. daß der "Arbeitnehmer" dem "Arbeitgeber" gilt. Wir haben in unseren letzten Ausführungen erklärt:

Durch seine Arbeit schafft der Proletarier neue Werte, und die sind stets größer als der Arbeitslohn; er, der Arbeiter, gibt also seine Arbeit dem Kapitalisten und der Empfänger des Arbeitsherrn, während der Kapitalist, wäre also im richtigen Sinne des Wortes Arbeitnehmer. Über auch in diesem Sinne halten wir das Wort für ein Schauspiel, das in die Wolfschlucht gehört."

Heißt das die Begriffe vertauschen wollen? Das Potum wird niemand aus der Welt trennen können — und alle wirtschaftlich artenden bürgerlichen Nationalökonomen haben es angegeben, u. a. auch Hobbertus —, daß der Arbeiter immer vom Ertrage seiner eigenen Existenzung gelohnt wird. Der sogenannte "Arbeitgeber" gibt ihm nichts anderes, als einen Teil von dem Newwert, den er selber geschaffen hat.

Es ist besonders noch auf den Umstand Rücksicht zu nehmen, daß der Kapitalismus mit den Wörtern "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" tendenziell den Begriff eines "natürlichen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisses", in dem der Arbeiter zum Kapitalisten steht, verbindet. Der „gebende“ Teil wird dem „nehmenden“ Teil als Autorität gegenübergestellt. Deshalb nennt man den Unternehmer wohl auch gar "Vorgeber", dem der Arbeiter, der arme Empfänger, zu Dankbarkeit und Ergebenheit verpflichtet sein soll. Es hängt dieses ganze Spiel mit Wörtern engstens zusammen mit der zu Annahme und Überhebung führenden wirtschaftlichen Überlegenheit, die der Unternehmer, als Besitzer der Produktionsmittel, über den Arbeiter ausübt.

Die "Deutsche Tageszeitung" meint dann: "So ganz „bedreht“ erscheint uns denn doch die blöde Terminologie nicht. Es ist doch wirklich nur eine Haarpaltelei; denn die eine oder die andere Verzerrung ist richtig, je nachdem man Arbeits-Befreiung oder Arbeits-Gelegenheit unter „Arbeit“ versteht, und was das Wichtigste darin ist, kann doch sehr fraglich erscheinen. Um

Berechnung des Professors geschehen, um die Bankarbeiter an die Scholle zu fesseln. Und das Preußen-Duisburg, wo jemand solche Schwerelose empfehlen kann, ohne von der allgemeinen Enttäuschung zur Ordnung gerufen zu werden, marschiert „an der Spitze der Sozialreform“.

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Die Bank- und Geldkrise in Amerika — Die Schutzmassnahmen der deutschen Reichsbank und der Bank of England.**

Wir erwähnen das letzte Mal den Zusammenbruch der Geizengruppe in Amerika, die sich an Kupferpreisfreiheiten verbündete und in ihren Sturz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Merchantile National Bank mit verwickelte. Wir schlossen damit, daß man durch das Eingreifen des Clearinghaus-Komitees und des Bundeskongresses einer allgemeinen Panik vorzubeugen suchte.

Wie bei einem Erdbeben nach den einleitenden Erstschüttungen oft eine trügerische Aufspause eintritt, der alsdann die eigentlich verheerende Katastrophe erst folgt, so war es auch hier. Daß die erwähnte Panik über Wasser gehalten wurde, dampfte die ursprüngliche Erregung ziemlich rasch; der Montag, der 21. Oktober, zeigte Wallstreet, die New Yorker Börse, schon wieder bei leidlicher Laune. Jedoch bereits der Dienstag brachte einen jähren Aufschlag zum Schlimmsten. Ueber die Kündeboden-Treuhandgesellschaft, die ursprünglich nur eine Vermögensverwaltungsstelle mit solidem Geschäftskreis gewesen war, die dann aber, mehr und mehr ausgeweitet mit Depositen Geldern aller Art, die waghalsigsten Spekulationen und Finanzbeteiligungen, ganz nach amerikanischer Art, nicht verhinderte hatte, waren plötzlich bedentliche Gerüchte in Umlauf, wesentlich in Beziehung auf die Tatsache, daß die Heimes und ihre Verbündeten (Charles W. Morse, Orlando F. Thomas und Edward R. Thomas) seit langem einen bestimmenden Einfluß auf die genannte Trust-Kompanie und ihre Betriebspolitik ausgeübt hatten. Ein Sturm auf das Hauptbüro und einige Zweigstellen setzte am Vormittag ein. Kurz nach Mittag waren die Mittel des Unternehmens vollkommen erschöpft. Als die aufgeregten Massen von Männern und Frauen nicht von der Stelle wichen, mußte die Polizei die Geschäftsräume und die Straße befreien. Am nächsten und übernächsten Tage spielte sich ein ähnliches Aufsturm vor anderen Treuhandunternehmungen ab, die gleichfalls fast alle im Laufe der Zeit zu Depositen (Einlage-)banken mit sehr risikanter Geldanlage geworden sind. In erster Linie stand nunmehr die Trust Co. of America. Hier gelang es jedoch zunächst, die Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, obwohl am 23. Oktober wohl an 1000 Einleger den Betrieb unmöglich, während nach der Rabelmeldung am nächsten Tage, die Reihe der abhenden Depositenpläger zwei Häufengevierte lang war. Der Schauspieler mied, wie so oft schon in ähnlicher Bedrängnis, größere Mengen von Staatsanleihen für den Markt flüssig. Der finanziell Morgan führte Massen entworfener Effekten auf, was ihm sicherlich einst noch goldene Gewinne einbringen wird, was aber zugleich die verzweifelte Lage der Börse und der Banken durch den Bargeldzufluss erleichterte. Denn am 23. Oktober bot man Geldstücke bis zu 90 Pf. die Bank von Montreal durfte sich rühmen, 200 000 Dollars zu 125 Pf. untergebracht zu haben; aber zugleich mußten 50 Maffler eine Erklärung erlassen, daß es ihnen unmöglich gewesen sei, zu welchem Satz auch immer Geld geborgt zu erhalten. Etak aller dieser Betriebswörterlinie des Schatzamtes Morgans und der in aller Eile gebildeten Sanierungscommission, legnete eine Reihe kleiner Banken das Zeittliche oder sie stellten doch, was jenseits des Quadranten gesetzlich zulässig ist, auf bestimmte Zeit ihre Zahlungen ein — so die Hamiltonbank und die Empire City Savings-Bank in New York; zuletzt stündeten alle Sparsparbanken New Yorks dem Publikum an, daß sie Geldanlagen nur nach Ablauf einer Rückzahlungsfrist von 60 Tagen zurückzuerstatten vermöchten. Von New York sprang, ehe eine Woche verging, die Banktrüffel auf Pittsburgh und San Francisco über. Auch industrielles Unternehmen wurden insolvent, so die mit 25 Millionen Dollar ausgestattete Südliche Stahl-Gesellschaft in Birmingham, die Eisen-City-Trust Company in Pittsburgh. Was jedoch allem die Krone aufsetzte: die vielgerühmten Westinghouse Electricitätswerke neben der Westinghouse Maschinenfabrik in Pittsburgh beantragten die Bestellung eines Receivers (eines besoldeten Anwaltsverwalters, Liquidators), weil für sie vorläufig die nötigen flüssigen Mittel unmöglich aufzutreiben waren.

Die europäischen Centralbanken, die samst und fand schon durch ihre eigene Wirtschaftsumgebung übermäßig stark angepannt sind und die vor dem Jahresende regelmäßig mit noch stärkerer Zuwachsprägnanz zu rechnen haben, begannen angefangen, dieer Entwicklung für ihre Goldschäfe zu fürchten und zu Überbeschaffungen gegen den amerikanischen Goldbezug zu greifen. In Deutschland wurde der Zentralausschuß der Reichsbank Hals über Kopf auf Montag, den 28. Oktober, einberufen; man erhöhte sofort den Diskont um ein volles Prozent (von 5% auf 6% Pf.), so daß seit dem Anfang des Jahres 1906, das mit einem Binstak von 6 Pf. begann, folgende Veränderungen eingetreten sind:

18. Januar 1906	5 Pf.	18. Dezember 1906	7 Pf.
28. Mai	4%	22. Januar 1907	6%
18. Septbr.	5%	23. April	5%
10. Oktober	6%	29. October	6%

Ob die Bank mit dem Diskont von 6% Pf. in diesem Jahre austommen wird, muß einstweilen fraglich erscheinen, läßt bezeichnenderweise die Preßmitteilung gleich warnend hinzugeben.

(Sitzende diese Befürchtungen geschriften wurden, hat sich die Lage schon wieder bedeutend verschärft. Der "Borwärts" schreibt, vom 8. November: "Die Deutsche Reichsbank hat heute ihren Diskont auf 7% Pf. erhöht, nachdem gestern die Bank of England den Wechselzins auf 7% Pf. erhöht hatte. Damit ist gleichsam offiziell der Anbruch der Krise verkündet.")

\* Clearinghaus-Abschlußstelle, Kompensationsbureau für die Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen der Banken untereinander.

Mittwoch den 30. Oktober, ging die Bank von England in derfelben Weise vor. Nach dem Ausweis vom 31. Oktober war das Prozentsverhältnis der Reserve zu den Passiven von 47% in der Vorwoche auf 39% in der Schluswoche gesunken. Starke Goldabflüsse waren schon eingetreten und weitere Abflüsse standen bevor. Immerhin dieser Vorgänge begnügte sich auch England nicht mit einer Diskontserhöhung um ein halbes Prozent; es ging von 4% Pf. die seit dem 15. August galten, gleich zu 5% Pf. über, und vielleicht ist auch damit das letzte Wort für dieses Jahr noch nicht gesprochen; vielfach wurde schon jetzt eine Steigerung um volle 1½ Pf. erwartet.

Berlin, 3. November 1907. Max Schippel.

### Politische Umschau.

**Der Instrumentarium des Reichstages.** Die nächste Sitzung des Reichstags findet am 22. November statt. Nachmittags 2 Uhr, statt zur Beratung seien 26 Petitionsberichte. Eine Petition ist das Gesetz des Vertragsmaterials ist vom Bureau des Reichstages ausgeschrieben worden. Danach sind acht Vorlagen in erster bis dritter Lektüre noch zu erledigen, nämlich die im April und Mai den Reichstags für die Beratung zugegangenen Entwürfe, betreffend: 1. Herstellung von Bogenen in der Haushalt (Geldstruktur der Heimarbeit), 2. Befreiung der Majestätsbeleidigung, 3. Unterstützungswohlfahrt, 4. Vogelangriffsgesetz, 5. Verpflichtungsbetrieb, 6. Sicherung der Bauernförderung, 7. Gültigkeiten, 8. kleinen Bevölkerungsstandes. Von Interpellationen stehen noch drei zur Beratung: Abrecht, Erfüllung von Schiffahrtsabgaben (Beamtentwertung befürwortet regierungssichtig abgelehnt), Dr. Rösler und Dr. Blaenkorn betrifft den Vertrag mit Wien, und Dr. Will, betreffend Grubenhaftkrisen und Maßnahmen zu ihrer Verhütung. Von den 146 eingebrochenen Initiativvorschlägen der Parteien sind fast alle noch unerledigt.

In neuen Vorlagen wird sich der Reichstag vor Weihnachten, wenn nicht ältert neue Interpellationen einen Streit durch die Rechnung machen, voraussichtlich mit dem Erlass des Börsengesetzes und dem Vereinigungsgesetzen zu beschäftigen haben.

**Das Braunitewinmonopol kommt!** Ueber den Fall der Monopolbildung nach den Plänen des Reichsbankrats erfährt das "Berlin Tageblatt" folgendes:

1. Die Gefäßpyrolyse an Rohölspiritus, welche in den Brennereien hergestellt werden darf, wird festgestellt auf 370 Millionen Liter, reinen Alkohols.
2. Die Errichtung neuer Brennereien wird von der Befürchtungfrage und von der Teuerung einer Koffezoff abhängig gemacht.
3. Die Maßstäblichkeit soll für die Brennereien festgestellt werden, welche auf 100 Liter reinen Alkohol stellen wird. Hierzu kommen noch M. 20 Kontingent (Liebesgabe), wobei bisher nur noch M. 10 für das Holzstöckerei reines Alkoholcontingents, und zwar nur noch auf die Dauer von zehn Jahren, abzusehen ist.
4. Das Kontingent vollständig abgeschafft werden. Der Monopolabholdebetrieb wird ein Betrieb der Brennereien begegnen, welcher bezüglich der Preissteigerung im selben Jahre sein Gutachten abgeben soll.
5. Das Spiritusprodukt wird vom Reich übernommen. Die Spiritusfabriken werden vom Reich erworben. Die Spiritusfabrikette werden auf Grund der im Durchschnitt der letzten drei Jahre erzielten Reingewinne durch eine Kondition abgekündigt, deren Höhe dem jahresprozentigen Kapitalwert des jährlichen Reingewinns entspricht. Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1908 in Kraft.
6. Das Reich soll 70 Millionen Mark Mehraufnahmen aus dem Braunitewin herauszulösen.

Interessen des Spiritusgroßhandels haben ausgerechnet, daß etwa 80 große und 100 kleine Spiritusfabriken, abgesehen von den Lagerhäusern und den Materialien, vom Reiche zu übernehmen sein würden. Die Kosten für die Gebäude, Maschinen usw. bemisst man auf 250 Millionen Mark und nimmt an, daß die an die Spiritusfabrikette und Händler zu zahlende Abfindung etwa 750 Millionen Mark beträgt, daß schließlich des Reiches eine Milliarde zur Einführung des Monopols erforderlich ist.

Zu werden die Herren Spiritusfabrikanten ein feines Geschäft machen.

**Arbeitslohn und Lebensmittelpreise.** Im sächsischen Landtag wurde eine Interpellation der Freiherrn, betreffend das Siegen der Getreidepreise, befohlen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein führte aus, daß eine Preistiegerung von rund einem Drittel innerhalb der letzten dreißig Jahre stattgefunden, die Brotzeitpreise aber noch keine 19 Pf. betragen habe. Hiergegen wandte sich der Beamtenkommissar Dr. Roscher, der auf Grund einer vom Centralverein bei den deutschen Mauern für die Jahre 1885 bis 1905 aufgestellten Statistik beweisen wollte, daß im Königreich Sachsen der Stundenlohn der Maurer 1885 274 Pf., im Jahre 1905 aber 41 Pf. betragen habe; das deutete eine Steigerung in diesem Jahre um fast 33 Pf. Bei den in dem gleichen Zeitraum an der Leipziger Produktionsbörsen aber nur von 183 auf 172, also mit um 5 Pf. gestiegenen, drogen von M. 144 auf M. 164. Auch was die Kaufkraft des gewöhrten Lohnes anlangt, anfangs ansteigend sich, dann mit den Löhnen einer zehnjährigen Arbeitszeit 1885 ungefähr 17 kg Weizen kaufen konnte, 1905 dagegen 24 kg, und an drogen im erghöhten Jahre 19 kg, 20 Jahre später 25 kg. Selbst unter den jetztigen hohen Getreidepreisen erhält man mehr Brotpreise für einen zehnjährigen Maurerlohn als im Jahre 1885, nämlich 18,2 kg Brotzen gegen 16,9 kg im Jahre 1885 und 20 kg-Brotzen gegen 19,1 kg im Jahre 1885. Damit sei bewiesen, daß sich der Abgeordnete Goldstein mit seiner Behauptung, die durchschnittliche Erhöhung der Löhne werde zweitach weitgehend durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise im Tretum bestünde, denn was hier für die Maurer dargelegt worden sei, lasse sich auch für zahlreiche andere Gewerbe belegen.

Die agrarische Presse stimmt diesen Ausschreibungen des Dr. Roscher lebhaft zu. Tatsächlich ist mit dessen Beispiel gar nichts bewiesen gegen die von Goldstein aufgestellte Behauptung. In unten sich mit dieser Frage beschäftigenden Leiterlein (Nr. 40 und 41 des "Grundstein") haben wir unter Benutzung von Nachweisen bürgerlicher Sozial-

politiker und amtlichen Statistiken festgestellt, daß in der Tat die Lohnsteigerung im allgemeinen nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Wenn man Statistiken benutzt, so kommt es darauf an, wie das geschieht. Herr Dr. Roscher greift die Statistik unseres Verbandes für Sachsen heraus und zieht daraus ganz willkürliche Schlüsse in der Allgemeinheit. Der Maurerverband war allerdings in der Lage, Lohnverhältnisse von einiger Erheblichkeit zu erringen. Aber man beachte wohl, daß dafür in der von Dr. Roscher angelegten Statistik ein Zeitraum von 20 Jahren im Betracht kommt. Und weiter, daß es sich um Durchschnitte handelt, die Löhne mit der Verkürzung zu vergleichen, welche die gesamte Lebenshaltung der Arbeiter erfahren hat. Da kommt nicht nur der höhere Getreidepreis in Betracht, sondern die Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse, der Nahrung, der Kleidung, der Wohnung usw. Nicht von alledem, was der Arbeiter notwendig braucht, ist von der Preissteigerung verschont geblieben. Jedenfalls ist eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen nicht eingetreten. Die häufig nachgewiesene Verringerung des Fleischkonsums beweist, daß die Masse eine Verschlechterung der Lebenshaltung erfahren hat. Daraan kann die höchst merkwürdige Beweisführung des Dr. Roscher nichts ändern.

**Bodenpekulation auf Kosten des Reichs.** Die Terraingesellschaft Böhmen, dessen Vorsteher und Hauptbeteiligter der freiländige Abgeordnete E. Lampf, weiter Vizepräsident des Reichstags, ist, fordert und erzielt den preußischen Morgen Bouillon in Charlottenburg M. 80 000. Vier Tage verliefen sie einige Parzellen zu den unheimlichen Preisen von M. 1900, die Quadratmeter.

Die "Deutsche Tageszeitung" bemerkt dazu:

"Da es sich hier um ehemaliges Lumpiges und erst durch Schilderung urbar gemachtes Gelände handelt, so muß der fabrikale Bodenwert doppelt in die Augen springen. Als Hauptursache des enormen Preissteigerung dürfte wohl der Grund zu gelten haben, daß das neue Reichsmilitärgesetz auf diesem Gelände errichtet wird."

Die Biegeler Terraingesellschaft macht also mit dem Erbgleichen Terraingesellschaft auch mit dem deutschen Steuerzahler erhalten sie ihren Bodenpuderpreis. Dafür dürfen die Herren denn auch recht patriotisch sein.

**Zentralräte unter sich.** Gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften hat neulich in einer Verbandsversammlung der katholischen Arbeitervereine zu Mainz Stadt Pfarrer Dr. Meyer-Sulzbach gewettert, kaum der St. Johanniskirche "Volkszeitung" hielt dieser Herr einen Referat über den Reformkatholizismus und führte dabei aus, aus demstreben der Reformkatholiken gehe hauptsächlich dahin, alles interkonfessionell zu erhalten, weil man meinte, damit Andersgläubige zu gewinnen. Beispiele hierfür seien u. a. der Artikel: Aus dem Turm heraus, die Umwandlung des anfangs katholischen Windhorizonten in einen interkonfessionellen Verband und gleichzeitig die interkonfessionellen Gewerkschaften.

Wegen dieser Auschauungen wird der Herr Pfarrer von der Neukalen "Saxpol" scharf angegriffen. Sie nennt seine Rede eine Massenverleumdung in ungemein schrecklichen Stile und dazu einen haarsätzigen Blödsinn", weiß darauf hin, daß der Kardinal von Köln die christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften warm empfohlen habe, und daß mehrere Bischöfe diesen Arbeiterorganisationen freundlich gegenüberstehen, bemerkt, daß Papst Pius X. im Januar 1906 erlassen habe, daß er "mit gleicher Wohlwollen beide Formen der Arbeiterorganisationen, die der christlichen Gewerkschaften, die der beruflichen Fachbeitungen umfaßt".

Das Blatt schließt mit voller Entrüstung:

"Mit lautester Empörung verurteilen wir die frivole Annahme dieses Schertetums, das sein politisches Gegentum hat in dem großmäuligen Hipp-Hipp-Hurra-Patriotismus gewisser sozialistischer Liberalen!"

Ist das Sauberkeit oder nicht? Und die Elemente gehören zu denen, die nicht Worte sittlichen Hohnes genug finden können, wenn Sozialdemokraten Meinungsunterschieden zum Ausdruck bringen.

**Vernünftige Beurteilung der Arbeiterbewegung** in den Kreisen der herrschenden Gesellschaftsschichten eine Seltenheit. Die Regel ist, daß von Repräsentanten dieser Kreise die unfairengsten ungerechten und gebärfesten Anschauungen gefaßt werden über die große Kulturercheinung, die in der Arbeiterbewegung sich begreift. Gestehen wir mal wieder eine Ausnahme zu verzeihen. Ja zu konterrevolutionärer Tendenz hinneigenden "Augsburger Abendzeitung" veröffentlicht der Regierungsrat Dr. Braun eine Studie zur Landarbeiterfrage. Allerdings ist auch er in dem Vorurteil befangen, daß den Landarbeitern ein geschlechtes Streitrecht nicht eingeräumt werden darf. Aber er hat sich doch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß sie nicht absolut rechts dem landwirtschaftlichen Unternehmertum gegenüberstehen sollen; daß es nicht ratsam sei, mit Polizeimafregeln gegen sie vorzugehen und daß man sich hätten solle, die Landarbeiterflucht in Vergnügungsstadt und Hang zum Großstadtleben zu suchen. Er geht den wirklichen Ursachen nach und findet, daß sie in der Entwicklung liegen, die das ganze wirtschaftliche Leben genommen hat; in den riesigwachsenden Veränderungen, die in der Struktur der einzelnen Bevölkerungslagern vor sich gegangen sind. Er faßt die Tatsache ins Auge, daß sich im Laufe der letzten 20 Jahre die Stellung des gewerblichen Arbeiters im öffentlichen Leben, und vor allem gegenüber dem Unternehmer, vollkommen verschoben hat. Dazu bemerkt er:



fall war. Es wurde eine Resolution angenommen, worin dies zum Ausdruck gebracht wurde. Man bedauerte es, daß die Firma in sozialer Beziehung einen solch rücksichtigen Standpunkt einnimmt. Doch sozial hin und sozial her — unsere Kollegen müssen nun in der Organisation nachholen, was noch fehlt. Und wenn das geschehen ist, dann kann mit den Herrschaften einmal Fratzen geredet werden. Das pilkt immer noch das beste Mittel für das „soziale Gefühl“.

### Gau Mannheim.

In letzter Zeit hatten wir in Mannheim wiederholte Differenzen, mit denen sich auch die Schlichtungskommission beschäftigte.

Neben anderen Maurern haben wir in Mannheim Kollegen aus hessischen Ortschaften, besonders aus Dieburg und Groß-Gimmen. Die Kollegen aus Groß-Gimmen haben sich bisher in unliebsamer Weise kaum bemerkbar gemacht. Dies mehr aber die aus Dieburg. Wohl hat auch in diesem Ort ein Teil der Kollegen begriffen, daß sie mit ihren Verbindungen solidarisch handeln müssen; doch die Mehrzahl zählt zu den rückständigen Elementen, die in den Gauen Frankfurt und Mannheim zu finden sind dürften. Ein kleiner Teil gehört unserer Organisation, ein anderer der christlichen, der größte Teil jedoch gehört keiner Organisation an. Von diesen, die keiner Organisation angehören, haben wir einen Teil in Mannheim; sie stehen hauptsächlich beim Baumeistergesellenbetrieb.

Als im Winter von 1904 bis 1905 die Verhandlungen mit den Unternehmern aufgeklungen waren, hatten die bei Gesellenbetrieb arbeitenden Maurer die Freiheit, einen schriftlichen Antrag einzubringen, es möge ihnen gestattet werden, elf Stunden täglich zu arbeiten. Schon damals bestand in Mannheim seit nahezu 10 Jahren die zehnständige Arbeitszeit. Währing in allen Ecken und Enden Deutschlands die Maurer mit lobenswertem Eifer daran waren, die Arbeitszeit zu verkürzen, verlangten diese Leute eine Verlängerung. Dieser Antrag wurde damals von Gesellenbetrieb befürwortet, von uns jedoch entrichtet zurückgewiesen. Es blieb im Tarif bei der zehnständigen Arbeitszeit. 1905 und teilweise noch 1906 wurde nun auch von den Dieburgern die zehnständige Arbeitszeit eingehalten. In diesem Jahre jedoch fingen diese Leute zu alter Überarbeitung wieder an, elf Stunden zu arbeiten. Wir haben uns deshalb veranlaßt, unter dem 18. Mai an Herrn Gesellenbetrieb folgendes Schreiben zu richten:

„Durch eine Anzahl unserer Kollegen werden wir wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß am Neubau der Kirche am Werderplatz von einem Teil der Maurer fortgesetzt über die tarifliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird. Wir haben uns inzwischen überzeugt, daß die Mitteilungen der Tatsachen entsprechen. Da es sich hierbei wieder um die Maurer aus Dieburg handelt, so ist dies als ein erneuter Versuch zu betrachten, die Arbeitszeit hier nach dem Willen dieser Maurer zu verlängern. Wir sind als Leiter der Organisation im Interesse unserer hiesigen Kollegen verpflichtet, Stellung zu der Sache zu nehmen. Es kann und wohl kaum zugemutet werden, daß sich 2300 anfängliche Maurer nach einigen wenigen auswärtigen Leuten rütteln lassen. Vorab wir weitere Schritte unternehmen, werden wir uns zunächst an Sie und bitten Sie dringend, die Angelegenheit in aller Kürze regeln zu wollen, um dadurch weitere Differenzen zu verhindern.“

Herr gesell. Antwort baldigst entgegenkommend, gezeichnet.“

Unter dem 22. Mai erhielten wir die Mitteilung, Herr Gesellenbetrieb sei verreist. Am 28. Mai teilte uns Gesellenbetrieb schriftlich mit, daß um 6 Uhr Feierabend gemacht würde. Ausnahmen würden nur gemacht, wenn noch angemeldeter Beton zu bearbeitet wäre, das könne jedoch höchstens 10 bis 20 Minuten dauern.

Einige Wochen ging es nun. Doch am 21. August fuhren wir uns genötigt, die Schlichtungskommission anzurufen, da nicht nur Beton verarbeitet, sondern Steine verlegt, geäuert und ausgeführt wurde, und zwar regelmäßig bis 7 Uhr. Am 23. August sollte die Sitzung stattfinden; doch kurz vorher erhielten wir die Mitteilung, daß Gesellenbetrieb wieder verreist sei und deshalb die Sitzung verschoben werden müsse. Mehrere Wochen verfrüchten, ohne daß uns eine weitere Mitteilung gemacht wurde. Wir fragten deshalb auf Postkarte und dann persönlich bei dem Vorstand der Schlichtungskommission, Herrn Baumeister Löb, an, weshalb die Sitzung nicht anberaumt wurde. Darauf erhielten wir die Mitteilung, Löb hätte mit Gesellenbetrieb über die Angelegenheit gesprochen, und letzter habe die Besicherung abgegeben, nicht mehr über 6 Uhr hinaus arbeiten zu lassen. Zum zweiten Male teilte uns auch Gesellenbetrieb schriftlich mit, daß die Dieburger Maurer künftig nur noch bis 6 Uhr arbeiten würden.

Da jedoch trotz der brieflichen Besicherung Gesellenbetrieb, seine Maurer nach ganz kurzer Zeit wieder bis 7 Uhr arbeiteten, so mußten wir erneut den Antrag auf Einberufung der Schlichtungskommission stellen. Baumeister Löb weigerte sich jedoch, die Schlichtungskommission einzuberufen. Wir sahen Herrn Löb telefonisch unserer Gründen auseinander, jedoch ohne Erfolg. Wir waren deshalb gezwungen, an den Vorstand der Baumeistervereinigung eine Beschwerde zu richten. Darauf fand endlich am 30. September die Sitzung statt.

Die Schlichtungskommission entschied, daß ein Verstoß gegen den Tarif vorliege, betrachtete im übrigen durch die schriftlichen Erklärungen Gesellenbetrieb die Sache als erledigt. Gesellenbetrieb war nicht in der Sitzung erschienen. Nun hätte man glauben können, daß damit, die Verlegung des Tarifs endlich aufgehört würde. Doch bereits im Oktober waren wir wieder gezwungen, die Schlichtungskommission anzurufen, weil wiederum im Geschäft Gesellenbetrieb die Arbeitszeit verlängert wurde. Diesmal wurde sogar die Mittagspause verkürzt; statt einer Stunde wurde nur eine halbe Stunde Mittag gemacht. Man mutet heute seinem Arbeitsteile mehr zu, mit einer halben Stunde Mittagspause vorließ zu nehmen, da es Schaden leiden würde.

Die Dieburger Maurer in ihrer furchtbaren Rücksicht entkennen die Gefahren jedoch nicht, die lange Pausen und lange Arbeitszeit mit sich bringen. Sie wollen die Verlängerung der Arbeitszeit durchaus erwirken. In dieser Sitzung der Schlichtungskommission stellte sich Herr Gesellenbetrieb als unfehlbares Lämmlein dar. Nachdem unserseits klar gelegt war, weshalb die Sitzung nicht

wendig sei, erklärte er, nicht er, sondern „der Verband habe Vertragsbruch begangen“; er habe anderen Unternehmen gestattet, länger zu arbeiten. Die Frankfurter Hoch- und Tiefbaugesellschaft (Hoffmann & So.) mache auch nur eine halbe Stunde Mittag, auch die Firmen Baum & Schäfer und Werle & Hardtmann hätten länger als zehn Stunden arbeiten lassen. Der Parteiführer Held von der Tiefbaugesellschaft habe ihm sogar erklärt, Horler habe dies Überarbeiten ausdrücklich erlaubt. Das sei natürlich Vertragsbruch. Im übrigen erklärte Gesellenbetrieb, daß er sofort die Dieburger Maurer veranlaßt habe, wieder die einstündige Mittagspause einzuhalten. Der Vorstand der Schlichtungskommission, Baumeister Löb, verteidigte sich sogar der Erklärung, es seien Schikanen, daß wir verlangten, die Arbeitszeit solle eingehalten werden. Unser Gauvorstand Horler wies die Behauptungen Gesellenbetrieb, daß wir Vertragsbruch beginnen, zurück, und stellte fest, daß nicht wir, sondern Gesellenbetrieb, fortgesetzte Vertragsbruch begangen habe. Von der Überarbeitung in anderen Geschäften sei der Organisation bisher nichts bekannt geworden; von dem Parteiführer Held habe sich Gesellenbetrieb belügen lassen. Dann wies Horler auch die Aufführung des Vorstandes zurück und betonte, daß es nicht nur unser gutes Recht sei, die Einhaltung der vertraglichen Arbeitszeit zu verlangen, sondern ebenso sei die Pflicht jedes einzelnen Unternehmers und der Baumeisterorganisation, die Arbeitszeit einzuhalten. Baumeister Geier stellte fest, daß laut Tarif die Arbeitszeit zehn Stunden betrage, die Mittagspause eine Stunde, legtere auch für den Winter. Beide Parteien müßten dafür eintragen, daß die Vereinbarkeit auch gehalten werde. Geier legte vor, die Erklärung Gesellenbetrieb in das Protokoll aufzunehmen und damit die Sache als erledigt zu betrachten. Gesellenbetrieb behauptete nochmals, daß er keinen Vertragsbruch begangen habe, und hielt auch seine Behauptung über die anderen Firmen aufrecht. Horler beantragte darauf, daß die Schlichtungskommission auch gegenüber Gesellenbetrieb bezeichneten Firmen Stellung nehmen solle. Es wurde beschlossen, daß der Vorstand der Bau- und Baumeistervereinigung in den nächsten Stunden schreiben an die Mitglieder die Aufrufung richtet soll, die Arbeitszeit eingehalten. Die Erklärung Gesellenbetrieb wurde protokolliert. Nach einem weiteren Scharmütze über Organisationsfragen mit Gesellenbetrieb hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Ob damit aber auch unser Kampf um Einhaltung der tariflichen Bestimmungen das Ende erreicht hat, steht auf einem anderen Blatte. Daß wir in diesem Kampfe einen Teil der besseren Kollegen gegen uns haben, ist eine tiefgründige Erkenntnis, um so trauriger, daß es nicht an Aufklärung fehlt, sondern direkt Böswilligkeit der Dieburger Maurer ist. Bei den besseren Kollegen hat sich dieshalb eine Erbitterung angehäuft, die sich vorläufig in Verachtung und gibt. Es wäre sicher an der Zeit, daß die Dieburger und auch Kollegen aus einigen anderen hessischen Orten endlich Einkehr und Umkehr halten wollten.

### Vlämische Streikbrecheragentur?

Aus Brüssel wird der „Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 44 vom 3. November) geschrieben: „Es ist mir endlich gelungen, den richtigen Mann für die Arbeiterverschaffung zu finden, nachdem ich vorher verschiedentlich nicht an die richtige Stelle geraten war. Die Herren, die ich bisher ausfindig machte, zeigten wenig Interess und wollten die Sache nur so nebenbei betreiben, was unmöglich ist, da die Beschaffung der Leute viele Reisen, Laufereien, Zeit und Geld erfordert. Nun kam ich endlich zu der richtigen Adresse; sie lautet: „Vlämische Arbeiter-Zentrale — Curt Mühlmann, Brüssel, Rue du pont la carpe 19“. Ich habe mich davon überzeugt, dass Arbeiter, besonders ungerierte, in jeder Zahl zu haben sind und dass fernher Hr. Mühlmann volles Vertrauen verdient. In Betracht kommen auch eventuell gelernte Leute für industrielle Betriebe, in denen die Arbeiter genügend verdienen können und längere Zeit Beschäftigung finden. Bemerken möchte ich, daß bei Anfragen Rückporto (20 ₣) beizufügen ist.“

Es wird in dieser Zuschrift zwar nicht gesagt, dass die „Vlämische Arbeiter-Zentrale“ bereit ist, auch in Streikfallen Arbeiter zu vermitteln, aber es ist anzunehmen, um so mehr, da in früheren Artikeln der „Arbeitgeber-Zeitung“, die sich mit dem Import ausländischer Arbeiter beschäftigen, über die „Zunehmende Unzuverlässigkeit“ polnischer Arbeiter geklagt wird. Die polnischen Arbeiter, namentlich soweit sie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschäftigt sind, lassen sich nicht mehr durchweg als Lohndrücker gebrauchen; sie sehen immer mehr ein, dass sie mit ihren deutschen Kameraden, zu deren Niederdrückung sie herangezogen wurden, Schulter an Schulter kämpfen müssen. Deshalb sind sie „unzuverlässig“ geworden und sie sollen durch Vläm. die noch weniger von der Kultur belebt sind, ersetzt werden. Mögen die Genossen diesseits und jenseits der Grenze wohl acht haben, was die „Vlämische Arbeiter-Zentrale“ betreibt.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Konferenz der Fliesenleger.

#### A. Wahlabteilungen.

1. Breslau.....	1 Delegierter
2. Berlin.....	2 Delegierte
3. Hamburg.....	3 "
4. Hannover und Osnabrück.....	1 Delegierter
5. Nürnberg.....	1 "
6. München.....	1 "
7. Stuttgart.....	1 "
8. Straßburg i. Elsas.....	1 "
9. Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim.....	1 "
10. Coblenz, Frankfurt a. M. und Wiesbaden	1 "

11. Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen ..	1 Delegierter
12. Essen .....	1 "
13. Duisburg, Mülheim a. R. und Ruhrort	1 "
14. Köln .....	1 "

#### B. Wahlreglement.

##### 1. Allgemeine Bestimmungen.

S. 1. Die Wahlen müssen in der Zeit vom 17. November 1907 bis zum 8. Dezember 1907 stattfinden.

S. 2. Die Wahl ist geheim und hat per Stimmentwurf zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Ist die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, dann hat eine Stichwahl stattzufinden.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung geschieht für Wahlabteilungen, die aus mehr als einem Zweigverein bestehen, durch den Verbandsausschuß. In den übrigen Wahlabteilungen wird die Auslosung durch die Wahlkommission (S. 7) im Besitz des Zweigvereinsvorstandes vorgenommen.

S. 3. Die Wahlen dürfen nur in Mitgliederversammlungen der Fliesenlegergesellschaften vorgenommen werden; eine Stimmeabgabe außerhalb derselben ist ungültig. Letzteres gilt auch für solche Mitglieder, die verhindert sind, gleichzeitig aus welchen Gründen, an der Wahlversammlung teilzunehmen.

S. 4. Wahlversammlungen sind vom Zweigvereinsvorstand mit der Tagesordnung: „Delegiertenwahl für Fliesenlegerkonferenz“ einzuberufen und den Mitgliedern in üblicher Weise bekannt zu machen.

S. 5. Bei der Wahl darf jedes anwesende Mitglied nur einen Stimmentwurf abgeben.

Stimmentwurf, die mehrere Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, sind ungültig.

S. 6. In den Wahlversammlungen sind zunächst die Kandidaten aufzustellen.

S. 7. Nach Aufstellung der Kandidaten ist eine Wahlkommission zu wählen, welche die Stimmentwürfe zu verteilen, wieder einzumelden und das Wahlausultat festzustellen hat.

S. 8. Nach Beendigung der Wahl hat die Wahlkommission das Wahlausultatformular in zwei Exemplaren auszufertigen. Eines der beiden Wahlausultate ist sofort, unterzeichnet von mindestens drei Mitgliedern der Wahlkommission und dem Vorstand des Zweigvereins, bis zum 9. Dezember an den Verbandsvorstand einzubringen. Wahlausultate, die dem Verbandsvorstand nicht bis zu dem festgelegten Termine zugefunden werden, sind ungültig; die darin angegebenen Stimmen werden bei Feststellung des Resultats nicht berücksichtigt.

S. 9. Besondere Bestimmungen für Wahlabteilungen, die aus mehreren Sektionen zusammengefaßt sind.

S. 10. Jede Sektion hat das Recht, einen oder mehrere Kandidaten aufzutunellen. Es ist aber auch zulässig, daß sich alle Sektionen einer Wahlabteilung auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.

S. 11. Eine notwendig werdende Stichwahl werden in Nr. 50 des „Grundstein“ am 14. Dezember 1907 ausgeführt.

S. 12. Die Stichwahlen sind vom Tage der Ausschreibung bis zum 22. Dezember 1907 vorzunehmen. Die Wahlausultate über die Stichwahlen (siehe S. 8) müssen bis zum 24. Dezember dem Verbandsvorstand zugefunden sein.

Verbandskalender sind noch etwa 1500 Stück auf Lager. Zweigvereine, die noch nicht bestellt haben, wollen nunmehr das Vermögen nachholen.

Stierbegels darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und

b) die Sterbeurkunde.

Zusätzlich sind anzugeben, die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzaubern ist.

Unterstützungs-Anträge wurden in der Zeit vom

4. bis 9. November für folgende Mitglieder erteilt:

Julius Krause-Berlin, Verb.-Nr. 6461; Otto Heier-Düsseldorf, 95 866; Fritz Koburg-Sandau, 101 585; Ernst Küste-Hamburg, 201 121; Otto Deitmer-Hannover (Frau), 31 116; Carl Konwitz-Hamburg (Frau), 24 099; H. Schenckeler-Hannover, 31 504; Otto Magnus-Nürnberg (Frau), 97 200; August Heering-Eisenach (Frau), 66 381; Karl Kestler-Gelsenbach, 112 254; Georg Mandel-Mannheim (295 019); Fr. Deodals-Mannheim, 318 120; Valentin Mor-Gelsenheim, 282 606; Joh. Müller-Hamburg, 115 928; Joh. Dreyer-Hamburg, 27 255; Joh. Vogel-Berlin, 6729; D. Hamm-Mannheim, 295 749; Fr. Wöhrl-Altenburg (Frau), 50 445; Karl Günther-Berlin (Frau), 1484; Karl Byna-Berlin (Frau), 51 819; Karl Schäff-Gera, 71 543.

Geldsendungen für die Hauptstelle sind nur an den Kaiser-J. Küster, Hamburg 1, Biesenblüderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 5. November bis 10. November 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Wödenberg 48 87,24, Trebnitz 279,04, Kreuzen 277,24, Landshut 270, Briel 264,72, Bünde 194,87, Goldern 181,28,



Es folgten dann 32 Namen der Maurer, Putzer und Handlanger von Düsseldorf und Umgegend. Nun wissen wir, daß es zum eisernen Bestand der Bauernmäßigkeit gehört, streifende Arbeiter durch schwarze Listen gefügt zu machen, obwohl es, vom ethischen Standpunkt aus betrachtet, sein vornehmes Mittel ist. Aber als unerhört muß man es bezeichnen, daß die schwarzen Listen noch heute, nachdem der Kampf seit fünf Wochen beendet ist, gehandhabt werden. Noch heute läßt man es den Bauarbeitern von Düsseldorf und Umgegend verstehen, daß sie es verjagt haben, die Lebenslage für sich und ihre Familie etwas zu verbessern. Noch heute wird keiner der Arbeiter, die sich an der Bewegung beteiligt haben, eingestellt. Glauben etwa die Herren vom Bauarbeiterverband, namentlich die Krauter von Düsseldorf, damit etwas zu erreichen? O nein! Das Gegenteil wird eintreten; dafür soll gesorgt werden. Es zeigt übrigens aber auch von seiner großen Menschlichkeit, deren sich die Unternehmer häufig rühmen (siehe „Arbeitgeberzeitung“). Die Bauarbeiter von Köln und Umgegend werden dies zu würdigen wissen. Den Düsseldorfer Kollegen aber rufen wir zu: Halten nicht nur fest an dem, was ihr habt, sondern fügt dafür, daß es noch bedeutend verbessert wird. Stärkt doch allen Dingen die Organisation, denn sie allein ist nur im stande, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Am 3. November hielt der hiesige Zweigverein seine Quartalsversammlung ab. Sie sollte bereits 14 Tage früher stattfinden, mußte aber wegen anderer Versammlungen bis zu diesem Zeitpunkt verschoben werden. Aus dem Geschäftsbuch, den Kolleg Kraebom gab, teilen wir mit, daß eine Lohnbewegung im dritten Quartal geführt wurde und zwar in Düsseldorf, über die wir schon berichtet haben. Mit einem Unternehmer wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach bis zum 1. März 1908 58 J. und von da bis 1. März 1908 60 J. bei neuem Pfandhundertiger Arbeitszeit bezahlt werden sollen. Wegen Streitigkeiten über das Vertragsverhältnis mußte einmal vorgegangen werden, wobei es in allen Fällen gelang, die Angelegenheit in Sinne des Vertrages zu regeln. Ferner haben zwei Sitzungen der Schlichtungskommission für das Plattenlegergewerbe und zwar eine im Juli und die anderen im September stattgefunden. An der ersten handelte es sich speziell um die Geschäfte Klutmann und Rölling, wo die vertraglichen Bestimmungen des Tarifs bezüglich des Materials und der Abrechnungen über die einzelnen Arbeiten nicht innehalteten wurden. Auch hier wurden die Unternehmer verpflichtet, die vertraglichen Bestimmungen einzuhalten. Trotzdem wird es nach wie vor Aufgabe unserer Kollegen im Plattenlegergewerbe sein, auf alles ein wachsames Auge zu haben; denn wenn irgendwo die tariflichen Bestimmungen über Bord geworfen werden, so von den Plattenfirmen in Köln. Dieses wäre aber nicht möglich, wenn die Kollegen den Bestrebungen der modernen Arbeiterschaftsbewegung mehr Interesse entgegenbrächten und nicht die üble Angewohnheit hätten, sich fortwährend in endlosen Debatten zu ergeben, wodurch der Kernpunkt der Sache meistens ganz beiseite geschoben wird. In einem anderen Falle handelte es sich um das Geschäft Nienfeld & Co., wo die vertragliche Arbeitszeit von 8½ Stunden nicht eingehalten wurde. Die Firma bezog, ihre Vertreter verpflichteten sich, die Arbeitszeit genau nach dem Tarif einzuhalten; trotzdem wird es auch hier in Zukunft Aufgabe der Organisation, namentlich der Plattenleger, sein müssen, darauf zu achten, daß nicht wieder aus der Reise getanzt wird, denn auf eine Unternehmererklärung kann man heute wahrscheinlich nicht mehr viel geben. Bei einer Sitzung der Schlichtungskommission für das Baugewerbe, die erst kürzlich stattfand, ist beschlossen worden, daß die bisherige Zusammensetzung: sieben Vertreter von der freien (vier Maurer und drei Hölzlsarbeiter) und zwei von der gräflichen Organisation bestehen bleiben soll. An Versammlungen haben im Quartal stattgefunden: 22 öffentliche, 78 Mitglieder- und eine Generalversammlung. Sitzungen haben stattgefunden 75, Geschäfts- und Baubewerbungen 9 und Baubewerberstellungen 4. Den Kassenbericht, der der Versammlung auch im Druck vorlag, gab der Kollege Böhme. Demselben ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahme M. 28 993,26 betrug, die ausgabe für die Hauptkasse von M. 17 890,56 gegenübersteht. Die Lofalkasse hatte eine Ausgabe von M. 6700,00, so daß ein Bestand der Lofalkasse von M. 4912,61 vorhanden ist. Das gesamte Gut haben des Zweigvereins beträgt am Schluß des dritten Quartals M. 9582,08. Bezüglich der Extrabeträge wurde mitgeteilt, daß man sich mit der Bezahlung derselben wohl überall abgefunden hätte, aber der vom Verbandsvorstand festgesetzte Termin sei leider von der Mehrzahl der Kollegen nicht beachtet worden, sonst hätte die Einnahme vom dritten Quartal bedeutend höher sein müssen. Pflicht aller Kollegen ist es nun aber, dafür zu sorgen, daß mit Abschluß des Beitragsjahrs alle restierenden Extrabeträge beglichen sind. In der darauffolgenden Diskussion wurde von sämtlichen Rednern die Notwendigkeit der Extrabeträge noch einmal beleuchtet und die Kollegen aufgefordert, dementsprechend zu handeln. Ferner wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Des weiteren wurde eine Änderung des bisherigen Zweigvereinsregulatums vorgenommen und beschlossen, daß es am 1. Januar 1908 in Kraft treten soll.

**Gießen.** Hier tagte am 5. November eine Mitgliederversammlung, die leider nicht sehr stark besucht war; von 170 Mitgliedern hatten es nur 40 der Mühe wert gehalten, zu erscheinen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfuhr die Vorsitzende die Kollegen, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Hans Hergel vom Platz zu erheben. Hierauf verlas Kollege Lüder die Quartalsabrechnung. Sie hatte eine Einnahme für die Hauptkasse von M. 785. Hierüber sind abgestimmt M. 593,86 an Extrabeträgen sind M. 649,90 abgehandelt. Die Lofalkasse hatte eine Einnahme von M. 848,11 und eine Ausgabe von M. 147,11, Bestand M. 201. Davon sind M. 160 per Kafe belegt. Hierauf ermahnte der Kollege Pfeifer die Kollegen, sich der politischen Partei anzuschließen, denn von 400 organisierten Arbeitern gehörten nur 88 der Partei an. Dann wurden noch die Mitglistände auf den Bauten kritisiert, besonders kam der Bau des Unternehmers Biesenbach zur Sprache. Es wurde konstatiert, daß hier die Baubude nicht heilbar ist; dann sollte beschlossen werden, eine Bautenkontrolle vorzunehmen, aber die Kollegen hatten

nicht den Mut, diese auszuführen. Auf Antrag des Kollegen Lüder wurde beschlossen, Fragebögen schicken zu lassen, die dann auf jedem Bau gewissenhaft auszufüllen sind; die Wiststände sollen dann im „Grundstein“ und im „Hessischen Volksblatt“ veröffentlicht werden.

**Guben.** Der hiesige Zweigverein hielt am 5. November seine Mitgliederversammlung ab, die leidlich gut besucht war. zunächst erwartete der Kassierer den Kassenbericht vom dritten Quartal. Auf Antrag der Revisoren, die die Kasse geprüft und für richtig befunden hatten, wurde dem Kassierer das Urteil erteilt. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: Vorstandswahl. Der Vorsitzende der gesamte Vorstand die Zufriedenheit und das volle Vertrauen sämtlicher Kollegen erworben hatte, so wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Da unter Zweigvereinsgebiet sehr groß ist und 83 Dörfer umfaßt, so gibt es Arbeit in Fülle. Es wäre zu wünschen, daß der Vorstand von den Kollegen in den Agitationssarbeiten ständig unterstützt würde. Doch leider wird der Vorstand in dieser Sache sehr wenig unterstützen. Unter „Beschleben“ mußte von dem Vorsitzenden beklagt werden, daß sich von den vielen Junggesellen, die im Herbst ihre Prüfung abgelegt haben, erst acht haben aufzunehmen lassen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, doch dafür zu sorgen, daß auch diese jungen Leute Mitglieder werden. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Versammlungen besser besucht werden möchten. Ferner wurde die Abrechnung vom zehnjährigen Stiftungsfest verlesen. Sie hatte eine Einnahme von M. 98,75 und eine Ausgabe von M. 122,50 somit war ein geringes Defizit von M. 23,75 vorhanden. Ermäßigt wurden verschiedene Kollegen an ihre Strafzettel wegen verfälschter Grabstätte. Recht traurig ist es, daß sich manche Kollegen noch nicht daran gewöhnen können, einem ihrer verstorbenen Kameraden die Ehre des letzten Geleites zu erweisen. Die Wahl eines Unterlassers konnte nicht vorgenommen werden, weil sich kein Kollege dazu bereit erklärte.

**Sangerhausen i.W.** In der Sonntag, den 27. Oktober, abgehaltenen Generalversammlung, in der auch die Vorstände von den Zulieferern vertreten waren, verlas der Kassierer zunächst die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 7300. Davon wurden M. 5888,48 an die Hauptkasse abgehandelt und M. 1911,52 am Orte verausgabt. Die Einnahme der Lofalkasse betrug M. 3874,42, die Ausgabe M. 2864,76, der Kassenbestand beträgt M. 509,86. Mitglieder hatten wir am Schluß des dritten Quartals rund 800, gegen 910 am Schluß des zweiten Quartals. Der Rückgang von circa 100 Mitgliedern ist auf das Konto der zunehmenden Krisis zu setzen. 45 Mitglieder und 3 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Er erwähnt ist noch, daß über neun Unternehmer die Sperrverhängung werden mußte, weil sie sich weigerten, die zehnjährige Arbeitszeit einzuführen. Bei vier Unternehmern gelang es, den Tarif durchzuführen, während bei den übrigen fünf nichts erreicht wurde, da sie genug Streitbrecher befanden. Die Sperrverhängungen wurden durch Versammlungsbeschuß aufgehoben. Ferner wurde beschlossen, daß vom 1. Dezember bis zum 1. März jeder Kollege im ganzen Zweigvereinsgebiete, wöchentlich eine Lofalkondomsmarke à 10 J. zu liefern hat. Wir erfüllen die Zahlstellenvorstände, in ihren nächsten Versammlungen die Weisung nochmals zur Besprechung zu bringen und weiter darauf hinzuwirken, daß die Extrabeträge schleunigst bezahlt werden.

**Henne-Breitlinghausen (Quartalsbericht).** Die herrschende Spannung auf dem Geldmarkt hat sich auch hier recht fühlbar gemacht. Privatbauten wurden nur in verhüllend niedriger Zahl ausgeführt. Die Tätigkeitsbeschränkung sich fast ausschließlich auf Koloniebauten für Bedienstete. Diese wurden allerdings in gänzlich erheblicher Zahl ausgeführt, doch konnte dadurch der Aussatz der Privatbautätigkeit nicht erhöht werden. Es war demzufolge nur eine mittelmäßige Konjunktur vorhanden, die weit hinter der des vorigen Jahres zurückließ. Wenn wir trotzdem unsere Mitgliederzahl vermehren könnten, so ist dies zum ganzen Teil der Tätigkeit unserer Kollegen in den einzelnen Zulieferern zuzuführen. Im dritten Quartal 1906 betrug die Mitgliederzahl 687; sie stieg im zweiten Quartal 1907 auf 710 und im dritten Quartal auf 801. Neuaufnahmen waren 104 zu verzeichnen, davon waren 32 Nebenträger vom christlichen Verband. Auch der Markenverkauf erfuhr eine Steigerung um circa 2000 Stück. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M. 7198,65. Die Einnahme für die Lofalkasse betrug M. 3858,61, die Ausgabe M. 1890,52, so daß ein Kassenbestand von M. 2005,09 verblieb, wovon M. 1600 per Sparzettel belegt wurden. Differenzen auf den Bauten waren wiederum in größerer Zahl zu sächlichen. Zur Belebung des größeren davon waren 11 Schlichtungskommissionssitzungen notwendig, während die geringeren Differenzen durch Eingreifen unseres Angestellten erledigt wurden. Es gibt eben immer noch Unternehmer, die sich an die Einhaltung des Vertrages nicht gewöhnen können. Einer der katholischen Fälle sei hier mitgeteilt. Bei dem Unternehmer Döhoff in Henne arbeiteten auch ein paar unorganisierte Hölzlsarbeiter. Die dort beschäftigten Steinträger versuchten es eines Mittags, jene für die Organisation zu gewinnen. Hierbei kam es infolge des freien Betrages des einen Unorganisierten zum Streit. In dessen Verlauf ging dieser, der schon kurz vorher einen anderen Organisierten mit Löffelbad bedroht hatte, zum Unternehmer und forderte die Entlassung der Steinträger mit der Bemerkung, sonst werde er gehen. Der Unternehmer Döhoff hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als dem Verlangen des ehemaligen Blauem zu entsprechen, ohne die Beschuldigten auch nur vorher gehört zu haben. Da sich infolge dieses Vertragsbruches und dieser Verlehung der Gewerbeordnung unsere Kollegen weigerten, an Stelle der entlassenen Steinträger die Steine zu reißen, so erklärte der Polier, wer keine Steine reißen wolle, könne aufhören. Dies hatte zur Folge, daß sämtliche dort beschäftigten Kollegen aufhörten. Nun befahl der Unternehmer die edle Dreistigkeit, unsere Kollegen des Vertragsbruches zu bestrafen und sich in diesem Sinne an den Arbeitgeberbund und das Einigungszamt zu wenden und Beschwerde zu erheben. Auch ließ der Herr in seiner Beschwerde durchdringen, der Centralverband habe über sein Geschäft die Sperrver-

hängt. Die Schlichtungskommission Herne, die sich mit der Beschwerde zu beschäftigen hatte, stellte jedoch zweifelsfrei fest, daß die letztere Anschuldigung vollständig hältlos sei, was auch im Protokoll niedergelegt wurde. Aber auch betreß der Entlassung der Steinträger wurde festgestellt, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Wer Unternehmer wurde demgemäß verurteilt, an zwei der Entlassenen einen Wochenlohn als Entschädigung zu zahlen. Betreffs des dritten Entlassenen konnte eine Einigung nicht erzielt werden; diese Angelegenheit wurde dem Einigungsamt überwiesen. Nur kommt jedoch das Schönste. Der Unternehmer weigerte sich nämlich, den beiden Steinträgern die Entschädigung zu zahlen! So bedeutet ein Unternehmer die Entschädigung der von ihm mitgedachten Institution. Dieser Unternehmer scheint überhaupt eine eigenartige Auffassung vom Vertrage zu haben. Als an einem seiner anderen Bauten durch seine Schulden die vertraglich festgesetzte Lohnschlagszahlung nicht zur rechten Zeit erfolgte und die Kollegen infolgedessen von dem Recht des § 124 Ziffer 4 der R. u. G. Gebrauch machen, beklagte der Herr in einem Schreiben an unseren Gauleiter, Kollegen klagt, die Kollegen des Vertragsbruches. In Bezug auf Kollegen beider Organisationen.

**Königsberg.** Die „Einigkeit“ bringt in Nr. 44 folgenden Berichtsbericht der Freien Vereinigung der Maurer aus Königsberg:

„Dann wurde bekannt gemacht, daß Kreise die Einigungsverhandlungen mißbraucht. Er geht auf Bauten, wo Mitglieder der Freien Vereinigung arbeiten, und erzählt, die Einigung sei jetzt zu Stande gekommen, die Mitglieder mögen nur so schnell wie möglich in den Centralverband eintreten, jetzt haben sie es noch umsonst, später müssen sie alles nachzahlen. In seiner Verlogenheit geht er noch weiter. Er erzählt, daß ältere Kollegen, wie Peter, Graemann, Kämmerer usw., schon übergetreten wären. Wie Kreise für seine Mitglieder sorgt, sei hier noch bemerkt. Es schlägt Maurer nach kleinen Städten, wo die Ansässigen selbst keine Arbeit finden. In einer Versammlung, die Kreise heimlich in Braunsberg abhielt, erklärte er Königsberger organisierte Maurer, die dort ein Hotel pachten — es waren zwei Mitglieder der Freien Vereinigung und ein Centralverbandler — als Chefarbeiter und verlangte, die Braunsberger möchten die nur ordentlich stramm nehmen. Wir weisen aber solche schmückigen Mittel als für die Arbeiterbewegung schändlich zurück. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß Kollege Gerlach als Kartelldelegierter amtsmüde geworden und Kollege Gridies an seiner Stelle gewählt werden mußte.“

Es wäre doch besser, wenn man, ehe man solche faustdicken Lügen in die Welt setzt, sich erst über die Sachen etwas genauer unterrichtet und es auch sonst mit der Wahrheit etwas genauer nehmen wollte. Allerdings habe ich es immer für mein Pflicht gehalten, darin zu arbeiten, daß sich auch die Mitglieder der Freien Vereinigung unserem Verband anschließen; es ist dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt notwendig; daß ich jedoch solch einen Blödsinn zusammengerebet hätte, wie in dem Bericht behauptet wird, glaubt doch der Berichterstatter wohl selbst nicht. Ich habe keine Ursache, stören in die Einigungsverhandlungen einzutreten. Wahr ist an der ganzen Geschichte, daß ich einigen Kollegen gegenüber meine Freude darüber ausgesprochen, daß selbst Kollegen, wie Graemann und Kämmerer, nicht mehr gegen die Einigung sind. Ich muß also schon den Berichterstatter dringend erzählen, für seine Behauptungen die Wahrheitsbehauptung in der Weise zu bringen, daß er Kollegen angibt, zu denen ich derartiges gesagt haben soll. Daß ich Kollegen nach Orten geführt habe, wo die ansässigen keine Arbeit hatten, trifft — trotzdem ich in diesem Jahre recht viele nach anderen Orten geführt habe — auch nicht zu. Vielleicht lag die Geschichte an einigen Orten so, daß wohl Arbeitselegigkeit vorhanden war, die Kollegen aber kein Logis erhielten. Auf die Gründe, warum sie das nicht erhielten, will ich hier nicht näher eingehen. Nun zu der Versammlung in Braunsberg. Gleichem war sie nicht — für den Staatsanwalt gibt es also nichts, falls dies etwa der Zweck des Berichts gewesen sein sollte. Mit seinem Wort sind wir auf diese Kollegen zu sprechen gekommen. Vielleicht kommt hier der Berichterstatter auch mit seinem Gewährsmann; denn ich habe keine Lust, mich in dieser Art und Weise angegriffen zu lassen.“

**Landsberg a. d. W.** Am 27. Oktober tagte hier eine ziemlich gut besuchte Versammlung. Zunächst verlas der Kassierer A. Schönhaar die Abrechnung vom dritten Quartal. In die Hauptkasse wurden M. 1855,40 abgeführt. Der Lofalkassenbestand betrug M. 368,81. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 313. Neu eingetreten sind vier Mitglieder. Darauf gab der Vorsitzende bekannt, daß die Einsichtierung der Extrabeträge in unserem Zweigvereinsgebiet platt von statthaften gegangen sei; nicht ein Kollege hat sich geschaubt, diese zu bezahlen, keiner ist im Südbunde gehieben. Es wurden 163 Marken à 80 J. und 2084 Marken à 40 J. verkauft. So mit betrug die Einnahme an Extrabeträgen M. 1122,60, die Extrabettarbeitsmarken kamen 177 in Anwendung. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und von der Versammlung genehmigt. Am zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die beiden Kollegen B. Gris und B. Böller, die sich freiwillig zu einer am 29. Oktober auszuführenden Bautenkontrolle meldeten, einstimmig bestätigt. In „Gewerbschäftsliches“ ergriff der Vorsitzende das Wort, um anzuführen, daß wir mit der Einsichtierung der Extrabeträge respektive mit der Opferwilligkeit wohl aufzufinden seien könnten, aber ein großer Teil der Kollegen beteiligte sich nicht so an den Arbeitern und Aufgaben der Organisation, wie sie eigentlich sollten. Nachdem er so die Kollegen nochmals ernstlich an ihre Pflichten der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung gegenüber erinnert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 30. Oktober tagte dann die öffentliche Versammlung, in der Kollege W. Frisch aus Berlin über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ referierte. In seinem über zwei Stunden währenden, gut verständlichen Vortrage legte er den Kollegen klar, welche gewaltigen Kämpfe sich auf wirtschaftlichem Gebiet in letzter

Zeit abgespielt haben. Besonders gedachte er des Kampfes in Berlin, der 18 Wochen gedauert hat. An der Hand einer Statistik zeigte er, wie die Löhne seit 1890, also seit Bestehen des Verbandes, gestiegen seien und wies darauf hin, daß sich bald eine Krise auf dem Weltmarkt bemerkbar machen würde, die das Baugewerbe am schärfsten treffen würde. Am Schluß erklärte der Referent reichlich Beifall. Leider war diese Versammlung nicht gut besucht.

**Langelsheim.** Am 2. November tagte unsere Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben unseres Kollegen Herm. Münte durch Erheben von den Söhnen geehrt. Sodann wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen und für richtig befunden. Hierzu hielt Kollege Barnstorff einen anderthalbstündigen Vortrag über: "Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, und der Arbeitsgeverbände", der von den Kollegen aufmerksam entgegengenommen wurde. Es wurden ferner die wohlverdienten Kollegen aufgefordert, sich vollständig an der bevorstehenden Landtagswahl zu beteiligen; und nur den vom hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein aufgestellten Wahlmännern ihre Stimme zu geben. Die Wählerliste ist von dem Vorsitzenden und Kollegen Haasebrand durchgesehen worden; es sind sämtliche Kollegen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, eingetragen. Es wurden ferner die Kollegen, die bürgerliche Blätter lesen, ermahnt, diese aus ihren Wohnungen zu entfernen und dafür den "Braunschweiger Volksfreund" zu abonnieren. Begangen wurde der Kolleg Wils Rollwage getrichen.

**Mülhausen i. Elsaß.** Wie notwendig ist, daß sich alle Arbeiter ihrer einsilfigen Organisation anschließen, erschien mir hier, im Mülhausen nach dem Tarifabschluß. In diesem Vertrage ist der Lohn für Kauf- und Bauhülfearbeiter, Erdarbeiter usw. geregelt. Trotzdem nun in dem Vertrage genau festgelegt ist, mit wem ein geringerer Lohn vereinbart werden darf, hat doch eine ganze Reihe Unternehmer verucht, auch mit den rüstigsten, in den besten Jahren stehenden Maurern, anderes zu vereinbaren, als festgelegt ist. Diese Herren wollen durchaus nicht verstehen, wie die Bestimmungen des Vertrages gemeint sind, obwohl mit der Gesamtigkeit der Bauunternehmer und nicht mit einer Kommission unterhandelt wurde. Mit diesen hiesigen Auslegungen haben sie es auch verstanden, daß diese Gewerbebericht zu verzögern. Denn das Gewerbebericht erfuhr sich bei der Schlüttungscommission, was mit den Begriffen oder Bezeichnungen: Maurer, Hülfsarbeiter am Hochbau, Hülfsarbeiter und Bauhülfearbeiter zu verstehen sei; wann und bei welchem Alter für den Maurer das Gesellenjahr beginnt; ob unter der Bezeichnung "Maurer" ein gelernter Maurer zu verstehen sei; ob sich insbesondere der als "Maurer" zu entlohnende Arbeiter der Gesellenprüfung, wie sie durch die Gewerbeordnung vorgeschrieben ist, unterogen bzw. dieselbe bestanden haben müsse und sich durch Legitimationsscheine hierüber müsse ausweisen können; ob andernfalls eine bestimmte Lehrzeit bei einem Maurermeister vorgeschrieben sei, oder ob der Handlanger einfach zum Maurer auftride. Dann wollte es Klarheit haben, ob der Hülfsarbeiter am Hochbau nicht Hülfsmaurer, d. h. nicht voll ausgebildeter Klar, ein nicht gelernter Maurer oder ob er ein sogennannter Mörtelträger, Mörtelbearbeiter, Steinblader sei. Eine andere Frage lautete: Haben die Kontrahenten bei Abschluß des Tarifvertrages für die Bewilligung der im Artikel 3 vorgesehenen Lohnsätze, wie dies in den meisten Tarifverträgen vor kommt, eine Altersgrenze im Auge gehabt, oder gar vereinbart, oder ist vereinbart worden, daß der jugendliche Arbeiter von z. B. 14 bis 15 Jahren demselben Lohn erhalten sollte, als der im vollen Mannesalter stehende, kräftige und leistungsfähige Arbeiter: Maurer oder Handlanger? Bezieht sich die in Artikel 3 Absatz 3 vorgegebene freie Vereinbarung über die Höhe des Lohnes nur auf solche Arbeiter, die nicht oder noch nicht voll leistungsfähig sind? Bis wann ist die Höhe des hier nach bewilligten niedrigeren Lohnes dem Arbeiter mitzuteilen? Welche Art von Arbeitern ist endlich unter der Bezeichnung "Bauhülfearbeiter" gemeint? — Für einen Fachmann, der es ehrlich meint, kann bei der Auslegung des Vertrages kein Zweifel entstehen. Die Bauunternehmer sind doch sehr betonten, und doch sind solche Fragen vom Gewerbebericht noch notwendig, um Klarheit zu haben, damit die Wortschlußreiter bei den Terminen austöpfen. Für die Kollegen ist dies aber eine ernste Mahnung, wischen sie sich zu versetzen haben, wenn sie nicht immer auf der Hut sind, aber gar Laufzeit gegenüber der Organisation zeigen. Dann würden die Unternehmer sofort ihre Kleinbürgerschaft von neuem aufzuwerfen und die Laufzeit und Gültigkeit müßten alle feuer bezahlen. Besonders müssen wir mit dem Beginn des Frühjahrs, wenn die Kollegen wieder die traurige Zeit des Winters überstanden haben und eine Lohnherhöhung auf 55,- pro Stunde eintreten soll, gerüstet sein. Erstens muß ein jeder Kollege dafür sorgen, daß sein Buch bis zum Schluß der Beitragszeit in Ordnung kommt und dann aber auch jede Versammlung besuchen. Wie bekannt, besteht in unserer Versammlungen kein Dringlichkeit, es kann und muß deshalb ein jeder erscheinen. Die Versammlungen führen regelmäßig jeden zweiten Donnerstag, Abends 8 Uhr, bei Weingarten statt. Wer die letzte Versammlung besucht hat, der hat in dem Bericht der Bauabteilung ebenfalls einen weiteren Ansporn zur eifrigen Arbeit gefunden; denn auf seiner Baustelle entsprechen die Zustände dem, was im Vertrage festgelegt worden ist. Es fehlen auf einer Reihe von Bauplänen die Baubüros, und wo sie vorhanden sind, fehlt der Ofen. Häften die Unternehmer und ihre Stellvertreter ein Herz für ihre Arbeiter, dann würden sie ohne viel Zögern Abfälle schaffen, aber ein solches Gefühl kommt bei diesen Leuten nicht auf; denn es ginge ja an den Geldbeutel. Ihr aber, alle, die ihr am Bau arbeitet, müßt hieran sehen, daß es keine Zeit ist, um auszuruhen.

**Oranienburg.** Sonntag, den 27. Oktober, hielt der hiesige Zweigverein seine monatliche Mitgliederversammlung ab, die trotz der Anwesenheit eines Referenten gleich-

besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal. Bestand vom zweiten Quartal: M 164,51; an Extramatren wurden vereinbart M 338,80. Die Gesamteinnahme betrug M 987,10; abgeändert an die Hauptfasse M 650,15. An Kontenunterstützung wurde bezahlt M 67,85. Kassenbestand vom dritten Quartal: M 175,97. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Dann hielt Kollege Hanke aus Berlin einen Vortrag über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, mehriger die Versammlungen zu besuchen sowie Nachfrage und die Arbeitsergebnisse zu lesen, um besser informiert zu sein. Kollege Hanke bat die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß mehr zur Versammlung erscheinen, weil unter Vertrag am 1. April absaft.

**Borsig.** Am 31. Oktober, Abends 8 Uhr, fand im "Hauskellerhaale" eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Bömelburg über: "Mäzenäpfle und Mäzenäpfel" referierte. Der Saal war nicht besetzt, und die Anwesenden lauschten den Worten des Referenten, der die Kämpfe der Gewerkschaften von ihrem Anfang bis zur heutigen Zeit mit klaren Worten schilderte. Neben einer treiflichen Charakterisierung der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung beprach er besonders die Schifffahrt und das Wirken der Männerorganisationen. Die anderthalbstündigen Ausführungen Bömelburgs wurden mit großem Beifall aufgenommen; eine Diskussion fand nicht statt.

**Berga.** Am 27. Oktober tagte im Lokale zu Traubach eine öffentliche Mäzenäpfleversammlung, in der junger Gauvorsteher, Kollege Jabol, anwesend war. Er sollte über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter referieren. Der Vortrag mußte aber den schwachen Besuch halb ausfallen. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal, zu der Gauvorsteher, Kollege Jabol, das Wort ergriß und es auf siebzehn beendete, daß unter zirka 150 Kollegen nur vier Verbandsmitglieder verlaufen waren. Dann führte er einige kleinere Zahlenlisten als Beispiel an, wo es besser sei, und forderte die Versammlung auf, eifriger für den Verbandsbesuch zu agieren. Weiter teilte der Kassierer mit, daß sich einige Kollegen weigern, den Extrabeitrag zu zahlen. Nach lebhafter Auseinandersetzung wurde beschlossen, gegen die Kollegen, die den Extrabeitrag nicht zahlen, den Abschluß zu beantragen.

**Bönen.** Am 7. November fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Wahl eines Schriftführers fiel auf den Kollegen Richard Neimann. Sodann hielt Kollege W. Schulz einen Vortrag über: "Die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906". An der Hand von statistischen Zahlen zeigte er den Versammelten das Nachstum der Gewerkschaftsbewegung und verglich damit in geschickter Weise die Auswirkungsbewegung der anderen Konkurrenzorganisationen. Schulz meinte, er führe die Zahlen an, um den Kollegen den Wert der Statistik zu verdeutlichen; denn diese werde am meisten von den Kollegen veranlaßt. Mit dem Resultat, wie es die Gegenüberstellungen beweisen, könnten wir zufrieden sein. Gehorht weiter an die Arbeit für die zentralistischen Verbandsverbände, dann werden wir die Widersacher der Arbeiterbewegung im Trabe verlieren. Ferner behandelte Redner das kommende Reichs-Bundes- und Versammlungsrecht und meinte, daß wohl unter der heutigen Blödpolitik des Herrn Bülow für die Arbeiterschaft wenig Brauchbares herauskommen werde. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab für die Hauptfasse eine Einnahme und Ausgabe von M 11927,10; darunter sind als Einnahmen M 59,50 für Eintrittsgelder, M 7098,30 für wöchentliche Beiträge, M 4156,80 für Extrabeiträge, M 12,50 sonstige Einnahmen. Abgeändert an die Hauptfasse sind M 9278,22. Ferner wurden ausgegeben für Streiks M 63,25, für Rechtsbücher M 14, für Kaufhülfenerunterstützung M 184,50, für Krankenunterstützung am 25. Mitglieder M 453,40, für Sterbeunterstützung an zwei Mitglieder M 95. Der Lokalfasse wurden M 1838,73 überwiesen. Die Lokalfasse hatte in M 1755,42 Bestand, eine Gesamteinnahme von M 3936,15 und eine Ausgabe von M 1483,52. Kassenbestand M 2452,63. Die Revisoren glänzten durch Abwesenheit, nur Kollege Neimann hatte sich entschuldigt.

**Börnig.** Am 8. November tagte eine Versammlung unseres Zweigvereins. Kollege Hirt verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Unser Zweigverein hatte am Schluß des Quartals 91 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug M 784,80, davon für die Hauptfasse M 675,92, für die Lokalfasse M 108,88. Die Ausgabe der Lokalfasse betrug M 97,26, es verblieb ein Kassenbestand von M 107,76. Kollege Kollendorf stellte im Auftrage der Revisoren den Antrag, dem Kassierer Decharge zu erteilen; der Antrag wurde den 27 anwesenden Kollegen angenommen. Unter "Verschiedenes" wies der Vorsitzende, Kollege Neimann, nochmals auf den Extrabeitrag hin und ermahnte die noch rückständigen Kollegen, in allerndächster Zeit ihrer Pflicht nachzukommen. Er erfuhr die anwesenden Kollegen, auf den Beauten dafür Sorge zu tragen. Auch kritisierte er den Vorsitzenden scharf, daß einige Kollegen gegen die Beschlüsse des Zweigvereins verstoßen hätten. Hierüber wurde diskutiert und folgende Resolution angenommen: "Die heutige Versammlung erklärt: Jeder Kollege, der dem Zweigverein ständig angehört, wird hierdurch verpflichtet, sich den Beschlüssen der Versammlungen zu fügen, andernfalls er im ersten Falle gewarnt und im wiederholten Falle ausgeschlossen wird." Auf Antrag des Kollegen Kollendorf soll Kollege Schütt in Damgarten zu der am 1. November stattfindenden Vorstandssitzung schriftlich eingeladen werden, ebenso auch Kollege H. Scheibels in Damgarten zur nächsten Versammlung. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden auf die Räume des nächsten Jahres wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Bücholtz.** Der Zweigverein hielt am 3. November seine regelmäßige Generalversammlung ab, die mäßig gut besucht war. Bei der Neuwahl eines ersten Zweigvereinsvorsitzenden wurde Kollege Fal. Schneider mit 76 Stimmen gewählt. Aus dem Quartalsbericht, der vom Kollegen Behrend gegeben wurde, sei folgendes wiedergegeben: Neu-

aufgenommen wurden im Laufe des dritten Quartals 122 Mitglieder, darunter 6 zum zweitenmal, vom kirchlichen Verband übergetreten sind 10 Kollegen. Die Zahl der verlaufenen Beitragsmatren betrug 10 176 gegen 10 084 im dritten Quartal 1906. Extrabeiträge wurden abgezahlt M 4844. Die Gesamteinnahme (ohne Kassenbestand vom zweiten Quartal) betrug M 9405. Hierzu wurden an die Hauptfasse abgezahlt M 6641,19; für die Hauptfasse wurden am Ort verausgabt M 171,58. Die Lokalfasen betragen demnach M 8303,31, so daß ein Überüberschuss für die Lokalfasse von M 1161,69 verbleibt. Hierzu kommt der Bestand der Lokalfasse vom zweiten Quartal in der Höhe von M 3087,55. Am Schluß des dritten Quartals verblieb demnach ein Bestand von M 4249,24. In bezug auf die Zahlung der Extrabeiträge ist zu betonen, daß das Ergebnis nicht befriedigend ist. Es muß daher versucht werden, das Verhältnis im vierten Quartal nachzuholen. Es wurden 87 Versammlungen, eine öffentliche und zwei Generalversammlungen im Laufe des Quartals abgehalten. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Konjunktur vornehmlich im Ruhr-Gau-Borner Bezirk seit dem Frühjahr immer mehr nachgelassen hat, so ist das Kassenergebnis für das dritte Quartal nicht als ungünstig zu bezeichnen. Auf jeden Fall ist es ein Beweis dafür, daß sich unsere Organisation immer mehr Boden verdient, indem die hiesigen Kollegen erkennen, daß ihre einzige Stütze und Hilfe im wirtschaftlichen Kampfe nur unsere Organisation sein kann. Der vom Kollegen Witsch aus Hagen gehaltene Vortrag über: "Die Krise und die Pläne des Unternehmertums", wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich alle unsere Kollegen ihres Pflicht bewußt und gegebenenfalls bereit sind, den Kampf, wenn er von den Unternehmen im nächsten Jahr gewollt und provoziert wird, aufzunehmen. Zum Schluß wurde ein schon länger bestehender Beschluß erneuert, wonach während der beitragsfreien Monate jedes Mitglied einen Lokalfondsbeitrag von 10,- pro Woche zu zahlen hat.

**Schleiz.** Der hiesige Zweigverein hielt am 28. Oktober eine öffentliche Versammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: "Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter", worüber der Gauvorsteher, Kollege Jabol aus Leipzig, referierte. Er erinnerte die Kollegen an die früheren Zuflüsse und betonte, daß sich die Lage der Arbeiter nur durch die Organisation gehebelt habe. Er erfuhr die Kollegen, mit energischem Fleiß daran zu arbeiten, daß die Organisation immer mehr gehoben und ausgebaut werde. Die Arbeiterschaft müsse dadurch aufgerüttelt werden, daß sie die Mäzenäpfle erkennen lernen. Die Arbeit müsse auch besser bezahlt werden. Das könnten wir aber nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation erreichen. Weiters Beifall lobte den Redner. Zur Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. In Punkt "Verbindliches" gab zunächst der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, bestätigt durch die Revisoren, die den Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Zum Schluß gab es noch eine lebhafte Debatte über die Einhaltung der Mittags- und Beipausen; bei Widerholung der Stunden hatten schon einige Kollegen den Tarif gezeichnet. Es wurde aber beschlossen, die Pausen regelrecht einzuhalten.

**Schmalkalden.** Am 8. November hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, zu der auch Kollege Schmitz aus Erfurt eingeladen und erschienen war. zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß die Kalender für 1908 eingetroffen und bei dem Käffner Wilhelm zum Preise von 50,- zu haben sind; desgleichen seien auch noch Protokolle vom 9. Verbandstag in Köln zum Preise von 20,- zu haben. Weiter wurden die Kollegen ermahnt, die vom Zweigverein angekauften Bibliotheksbücher bei Gebrauch zu nehmen. Alsdann gab der Kassierer den Bericht vom 3. Quartal; die Einnahme für die Hauptfasse betrug M 31, die Ausgabe der Lokalfasse M 68,50. Hierauf machte der Vorsitzende dennoch auf die Extramatren aufmerksam. Nun ergab Kollege Schmitz-Erfurt das Wort. Er legte in einem anderthalbstündigen Referat die Lage im Baugewerbe klar und erläuterte den Zweck der Extrabeiträge. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, treu zusammenzuhalten und besser für die Organisation zu arbeiten, dann würden wir auch mit der Zeit bessere Zustände bekommen. Mit einem einflüchtigen Bravo wurde dem Referenten Beifall gespendet. In "Verschiedenes" gab zunächst der Vorsitzende die Abrechnung des dritten Quartals bestätigt. Am Schluß gab es noch eine lebhafte Debatte über die Einhaltung der Mittags- und Beipausen; bei Wiederholung der Stunden hatten schon einige Kollegen den Tarif gezeichnet. Es wurde aber beschlossen, die Pausen regelrecht einzuhalten.

**Unterlüß.** Am 8. November hielt unser Zweigverein eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, zu der auch Kollege Schmitz aus Erfurt eingeladen und erschienen war.

Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß die Kalender für 1908 eingetroffen und bei dem Käffner Wilhelm zum Preise von 50,- zu haben sind; desgleichen seien auch noch Protokolle vom 9. Verbandstag in Köln zum Preise von 20,- zu haben. Weiter wurden die Kollegen ermahnt,

die vom Zweigverein angekauften Bibliotheksbücher bei Gebrauch zu nehmen. Alsdann gab der Kassierer den Bericht vom 3. Quartal; die Einnahme für die Hauptfasse betrug M 31, die Ausgabe der Lokalfasse M 68,50. Hierauf machte der Vorsitzende dennoch auf die Extramatren aufmerksam. Nun ergab Kollege Schmitz-Erfurt das Wort. Er legte in einem anderthalbstündigen Referat die Lage im Baugewerbe klar und erläuterte den Zweck der Extrabeiträge. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, treu zusammenzuhalten und besser für die Organisation zu arbeiten, dann würden wir auch mit der Zeit bessere Zustände bekommen. Mit einem einflüchtigen Bravo wurde dem Referenten Beifall gespendet. In "Verschiedenes" gab zunächst der Vorsitzende die Abrechnung des dritten Quartals bestätigt. Am Schluß gab es noch eine lebhafte Debatte über die Einhaltung der Mittags- und Beipausen; bei Wiederholung der Stunden hatten schon einige Kollegen den Tarif gezeichnet. Es wurde aber beschlossen, die Pausen regelrecht einzuhalten.

**Witten.** Am 2. November fand hier eine gemeinsame Versammlung der Maurer und Zimmerer statt.

Gegenstand der Beratung war die Auspeckung der Unternehmer Bruder und Döllin am Fabrikneubau der Ledersfabrik. Unbekannt hierzu gab folgendes. Die Unternehmer stellten das Antragen an die Kollegen, statt, wie im Tarif vorgeschrieben, 1½ Stunden Mittag auf dem Neubau der Ledersfabrik nur eine Stunde Mittag zu machen. Als Grund dafür gaben sie an, daß die Arbeit dränge. Hiermit konnten sich die Kollegen nun nicht einverstanden erklären und beschlossen in einer am 30. Oktober abgehaltenen Versammlung, an der 121 Anwesende waren, die Räume des nächsten Mittagspauses strikt festzuhalten. Die Folge davon war nun, daß am 1. November sämtliche dort beschäftigten Maurer und Zimmerer entlassen würden. Nachdem nun von dem Vertreter des Bauvorstandes darauf hingerichtet wurde, daß der Tarif in diesem Punkte keine präzise Haftung habe, ja sogar in Parenthese angefügt sei, daß in dringenden Fällen die Mittagspause um eine halbe Stunde verkürzt werden kann, beschloß die Versammlung, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten. Die Unterhandlung stand am 3. November statt, zu welchem Tage dann auch Nachmittags wieder eine Versammlung einberufen wurde. Die Unternehmer vertraten nun den Standpunkt, daß ihnen laut Tarif das Recht zustehe, die Mittagspause um eine halbe Stunde zu verkürzen; sie wurden aber

darauf hingewiesen, daß man sich hierüber mit den Vorsitzenden beider Organisationen hätte verständigen müssen. Vereinbart wurde nun, da es sich tatsächlich um dringende Arbeiten handelte, auf kurze Zeit an der Leberfabrik die im Sommer übliche Arbeitstage, 9½ Stunden, zu arbeiten unter Beibehaltung der 1½stündigen Mittagspause. Sämtliche dort beschäftigt gewesenen Kollegen nahmen am 5. November die Arbeit wieder auf. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Abmachungen einstimmig einverstanden.

**Würzburg.** Am 8. November fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins statt. Auf der Tagesordnung standen der Bericht über den derzeitigen Stand des Zweigvereins und der Winterbeitrag. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Engelhard über den Entwicklungsgang der Organisation im letzten Halbjahr.

Das zweite Quartal hat mit 446 vollzählenden Mitgliedern abgeschlossen, wobei noch eine erhebliche Zahl von Kollegen mit den Beiträgen im Rückstande war. Eine genaue Uebersicht war eigentlich nicht vorhanden. Nach Ankündigung eines Vorsitzenden vom 1. Juni d. J. an konnte eine intensivere Agitation betrieben werden, so daß die Mitgliederzahl am Schluß des dritten Quartals 618 betrug. Inzwischen wurden 109 Neuaufnahmen gemacht; von den Christlichen sind 22 Kollegen übergetreten, während 41 ihre rückläufigen Beiträge nachzahlt. Von Schluß des dritten Quartals bis heute wurden noch 22 Aufnahmen gemacht, so daß die Zahl der Mitglieder gegenwärtig 640 beträgt. Das Resultat ist als gut zu bezeichnen, schon deshalb, weil auch die Christlichen vom 1. Juni dieses Jahres an einen Ortsbeamten anstellten. Sie haben aber trotzdem keine Erfolge, sondern einen Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen, wie aus einem uns vorliegenden Rundschreiben hervorgeht. Wir können nun sagen, daß wir im Zweigvereinsgebiet zu 90 bis 95 % organisiert seien. Genau könnte es nur angegeben werden, wenn alle Vertrauensleute den an sie gesandten Fragebogen rechtzeitig abgeliefert hätten, was aber leider nicht geschehen ist. Die Agitation wird auch dadurch erschwert, daß in der Stadt selbst nur 110 Mitglieder wohnen, die übrigen Kollegen verteilen sich auf 25 Bahnhöfe, wovon die größte, Rimpar, 252 Mitglieder, die kleinste 5 Mitglieder zählt. Die Mitglieder selbst verteilen sich auf 34 Ortschaften; mancher Vertrauensmann hat bis zu 8 Ortschaften zu verwalten. Die Sonne und Feiertage müssen durch Versammlungen auf das äußerste ausgenutzt werden, was aber vielfach durch Geistlichkeiten erschwert wird. Abendversammlungen sind fast unmöglich, da die meisten Kollegen eine bis zwei Stunden von und zur Arbeit zu laufen haben. Die Vertrauensleute sowie die übrigen Kollegen haben sich, was anerkannt werden muß, sehr rege an der Agitation beteiligt. Aber äußerst notwendig ist es nun, die Einigkeit und Solidarität mehr zu fördern, als das die jetzt geliefert ist. Nach längster Früherer Fehl- und darüber stehendes Misstrauen müssen verschwinden. Noch vor zwei Jahren hat die ganze deutsche Maurerfamilie bei ihren Schulkämpfen misstrauisch nach Würzburg und Umgebung geschaut; für die Unternehmer war die südliche Gegend oft eine Zufluchtsstätte, um „Arbeitswillige“ zu holen. Es ist nun die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß dies völlig anders geworden ist. Nur wollen wir fest zusammenhalten, damit es so bleibt und sich der Zweigverein so entwidelt, daß er sich würdig in das große Ganze einreihen kann. Auch die Kassenverhältnisse haben sich gebessert; die Erträgebeiträge wurden im allgemeinen gut entrichtet; nur zwei Bahnhöfe, Karlsdorf und Rimbach, lassen hier zu wünschen übrig. Der Bericht wurde der Versammlung mit Befriedigung aufgenommen. Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Beratung des Antrages, den bisherigen Winterbeitrag um 5 % pro Woche zu erhöhen. Kollege Engelhard gab dafür eine eingehende Begründung, an die sich eine längere Debatte knüpfte. Da der Antrag bei der Abstimmung nicht die erforderliche Dreiviertel-Mehrheit fand, so war er abgelehnt. Nachdem der Vorstand auf die am 17. November stattfindende Gewerbegeisteversammlung hingewiesen und zu reicher Wahlbeteiligung aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am 24. November statt. Genosse Bauer wird über das Versicherungsweisen sprechen, worauf wir besonders aufmerksam machen.

**Tittau.** Eine gut besuchte Maurerversammlung tagte hier am 22. Oktober im Gewerkschaftshause. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Küppel ein Referat über die gegenwärtigen Gewerkschaften und ihre Dienste für das Unternehmertum. Er entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise. Lebhafte Beifall folgte seinen Ausführungen. Danach trug der Vertrauensmann den Berichtsbericht vor, der von den anwesenden Revisoren als wichtig anerkannt wurde. Unser Zweigverein kann wieder mit Befriedigung auf das verloste Quartal zurückblicken, haben sich doch die Verhältnisse wieder deutlich gegen früher geändert. Die Mitgliederzahl ist auf 986 gestiegen und der Vorsitzende ist wieder Ex-Warten auf M 2677,20 gekommen. Um die Hauptlast kostete im dritten Quartal insl. Erträgebeitrag die Summe von M 5863,64 abgedient werden. Die Zahlung des Erträgebeitrages ging ebenfalls besser von statten, als bei Verhandlung des Vorstandsschlusses geplant wurde. Vengtliche Gemüter glaubten damals, einen Massenausstritt aus der Organisation erwarten zu müssen. Doch es ist anders geworden. Die übergroße Mehrzahl der Kollegen hat durch die Kämpfe eindrucksvoll gelernt, daß Opfer gebracht werden müssen, wenn der Kampf gegen das brutale Auftreten des Unternehmertums gewonnen werden soll. Ein neues Bild von der Zahlung des Erträgebeitrages wird sich erst dann geben lassen, wenn die einzelnen Kolporteur die diesbezüglichen Fragebogen beantwortet haben. Gegen die Rebellen soll aber auch dann energisch vorgegangen werden. Denn jeder einzelne muß begreifen lernen, daß er Pflichten zu erfüllen hat, wenn er von der Organisation Rechte fordert. Eine etwas erregte Debatte trat ein bei der Gehaltsfrage der Angestellten; der Vertrauensmann erklärte, daß er mit seinem Gehalt von M 1200, wovon er noch die Versicherungsbeiträge im Betrage von M 128

selbst bezahlen müsse, nicht mehr auskommen könne; die Kollegen verdienten bedeutend mehr als er; denn für einen Wochenlohn von M. 20,62 könne niemandem zugemutet werden, die aufzufreibende Arbeit und die Verantwortung für die Organisation zu übernehmen. Die am 12. Januar 1908 stattfindende Generalversammlung wird sich mit dieser Angelegenheit eingehend befassen müssen. (Offiziell sieht die Generalversammlung die absolute Unzulänglichkeit einer solchen Zahlung ein.) Nachdem der Vertrauensmann die Kollegen ermahnt hatte, bei Bücherkontrollen darauf zu achten, daß jeder seinen Erträgebeitrag gezahlt habe und daß die öfteren Kollegen den Vorsitzbeitrag bezahlen, wurde die Versammlung geschlossen.

### Den Gipfel erreicht.

nämlich bei dem Gipfel der Verlogenheit, hat die Presse, die sich, wie auch unsere „Baugewerkschaft“, an der Verbreitung der Schaudermärkte beteiligt hat, die ungefähre folgendes besagt:

An einem Fabrikneubau am Hasen in Düsseldorf-Cöln sollen sozialdemokratisch organisierte Bauhülfearbeiter mehrere christliche Maurer überfallen und fürchterlich mißhandelt haben. Ein sozialdemokratischer Bauarbeiter habe von einem christlichen Maurer 10 % für Schnaps gefordert, und als diese verweigert wurden, dem Christlichen sofort Faustschläge ins Gesicht versetzt haben. Nach Feierabend hätten dann eine Anzahl sozialdemokratisch organisierte Bauarbeiter die christlichen Maurer überfallen, furchtbar mißhandelt, zu Boden geschlagen, gebürgt usw. und einen sogar verjagt in den Rheinhafen zu werfen.

Die Leitung des Bauhülfearbeiterverbandes hat die Angelegenheit genau untersucht und folgendes festgestellt: Der betreffende Hülfearbeiter, der erst wenige Wochen gewerkschaftlich organisiert ist, hat die 10 % nur auf Grund eines allgemein herrschenden alten Brauchs. Das sogenannte Großeneinkommens der Hülfearbeiter bei den Maurern gefordert, und als diese verweigert wurden, dem Christlichen sofort Faustschläge ins Gesicht versetzt haben. Nach Feierabend hätten dann eine Anzahl sozialdemokratisch organisierte Bauarbeiter die christlichen Maurer überfallen, furchtbar mißhandelt, zu Boden geschlagen, gebürgt usw. und einen sogar verjagt in den Rheinhafen zu werfen. Die Tätilichkeiten zwischen einem christlichen Maurer und einem Hülfearbeiter. Ein zweiter Christlicher mischte sich hinein und schlug den Hülfearbeiter mit einem Eßgeschirr. Darauf verfuhr ein anderer freigewerkschaftlich organisierte Hülfearbeiter dem „Christen“ das Geschirr zu entwinden, wobei beide zu Boden fielen. Nun meinten sich die anderen hinein, und die Partei war fertig. Den Anlaß dazu haben die Christlichen gegeben, die sich wie gesagt, in der Mehrheit befanden. Als Schadensersatz verlangte die Verbandsleitung die Behauptung von dem Verdacht, einen Christlichen ins Wasser zu werfen. Im übrigen stellt die Verbandsleitung fest, daß die Christlichen ungefähr überall dort, wo sie die Macht haben, Terrorisimus gegen die Mitglieder freier Gewerkschaften üben. Sie werden vom Unternehmer nach Möglichkeit begünstigt und drohen bei ihrer Agitation denjenigen, die nicht zu dem christlichen Verbund übergetreten wollen, mit Entlassung. Gerade an dem hier in Betracht kommenden Fabrikneubau haben sie auf diese Art zwei bis dahin frei Organisierte in den Zentrumsverbund hineingeprägt.

### Kritische Betrachtungen zum „dreiachen W.“.

Das Uebel, das in Nr. 41 des „Grundstein“ unter dem Titel: „Wühlen, Würgen, Wüscheln“ besprochen wird, ist wohl in der Tat das schrecklichste, worunter das Maurergewerbe und mit ihm unsere Organisation zu leiden hat. Charakteristisch ist ja, daß die Schinderei (so wird die Kränktheit in Berlin genannt) gerade in Zeiten flauer Konjunktur besonders verbreitet wird. Es ist daher ganz in der Ordnung, daß hier in Berlin gegenwärtig wieder eine Arbeitsweise Platz greift, die man ohne Ueberarbeitung als „Schweinearbeit“ bezeichnen kann. Die Art, wie unsere Kollegen beispielswise bei Verarbeitung der Kalksteine in den Fundamenten – im wahren Sinne des Wortes „wühlen“ würde der Walsau alle Ehre machen. Angeblich der widerlichen Arbeitsmethode, deren sich sehr viele Kollegen beklagen, kann man es sich überhaupt nur schwer merken, vergleiche aus dem Tierreich heranzuziehen; wobei allerdings noch bemerkt werden muß, daß man es – um ein falsches Bild zu geben – streng vermeiden müßte, jogenannte höher entwickelte Tierartigkeiten mit einzuschließen und diese noch obendrin zu beleidigen. Soviel scheint der Überstand unter den Maurern Berlins und mancher anderen Großstadt gebürgt zu sein!

Es erübrigt sich für die Technik, eine zwiedimensional konstruierte, brauchbare Maschine für das Maurergewerbe zu errichten. Die Mehrzahl unserer Kollegen macht das überflüssig, sie repräsentiert dem Unternehmer des Baugewerbes alle die Vorteile, die der industrielle Kapitalist aus der mechanischen Arbeitskraft zieht, ohne ihn mit demselben Risiko zu belasten. Der Maurer wird für den Unternehmer niemals „treffendes Kapital“, wenn dieser ihm außer Betrieb steht oder zu sezen gewungen ist. Er kann nicht nur jeden Tag, sondern an jeder Stunde aufs Blaster gesetzt werden, ohne daß daraus dem Unternehmer irgendwelche Nachteile erwachsen; laufe letzterer doch nur seine Arbeitskraft. Und dafür, daß der Zeitpunkt, wo der Unternehmer die Arbeitskraft eines erheblichen Teiles unserer Kollegen entbehren kann, möglichst rasch eintritt, sorgt leider die sträßliche Gedankenlosigkeit der großen Mehrzahl dieser selbst. Wenn, obwohl man nicht erkennen darf, daß es sehr viele gibt, denen das Verwerfliche ihre Lust wohl einleuchtet, die lediglich aus Schlechtheit, gemisserfahren aus den niedrigsten Motiven, sich in der Frage fehlenden verbrecherischen Arbeitsweise schuldig machen, so stellt sich letzten Endes auch deren Handlungsweise als ein Alt der Unwissenheit, der Gedankenlosigkeit dar. Die Betreffenden übersetzen in der Regel, daß während sie sich durch ihre Schinderei beim Unternehmer bzw. beim Polizei in ein günstiges Licht sehen und den Arbeitsplatz sichern wollen, sie auch den Alt absägen, auf dem sie sitzen, indem sie ihre Gefundheit vorzeitig zu grunde richten. Ihr tristes Hirn

läßt sie nicht erkennen, daß ihre Wühlerei nicht nur eine mörderische, sondern auch eine selbstmörderische Handlung darstellt. Nur unser Wiener Freund hat recht, wenn er als Hauptursache der „Pantiserei“ die Dummkopfheit der Kollegen bezeichnet; in bezug auf den Stolz liehen sich ja Einwendungen machen, jedenfalls hat er aber den ungesunden, sogenannten Dummkopf, die Vornerigkeit, treffen wollen.

Diese besondere Spezies von Stolz ist es nun gerade, die in Berlin ihre Blüte treibt. Sie ist so tief eingetragen, daß man gar nicht so selten beobachten kann, wie sich sogar besondere aufgezettelte sein wollende Kollegen in bezug auf zu leistende Arbeitsquantum von einem geradezu selbstmörderischen Ehrgeiz leiten lassen, der sie leider in bezug auf die Qualität vollkommen im Stiche läßt. Das schlimmste ist, daß sich diese Krankheit mit überraschender Schnelligkeit auf die große Mehrzahl der allzeitlich in Berlin zureilenden jungen Kollegen überträgt, die ihrerseits wieder andere Orte infizieren. Dieser salige Ehrgeiz läßt nicht selten die Latenzen auch solcher Kollegen, die man ihr ehrlich halten muß, diametral zu ihren Worten erscheinen, die sie in der Versammlung oder in der Baubude während der Bauen mit ihrer Mitkollegier richten. Kollegen, wir wollen nicht so schreien, aber lasst mich um zwei Steine vor!, leutet die ironische Kennzeichnung solchen Gebarens in Berlin. Die Kurzfristigkeit, die sich in solcher Handlungswise offenbart, verhindert die Mehrzahl der Kollegen, das wichtigste Mittel in der Bekämpfung der unmenschlichen Schinderei zur Anwendung zu bringen, nämlich das der Wiener Kollege beim Antoni“ erfolgreich angewandt hat. Außerdem läßt sich nicht leugnen, daß die Anwendung dieses Mittels in Berlin und wohl in den meisten deutschen Großstädten doch mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist. Ein so „ghaufer Vors“ der Antoni auch mein, und welchen Grad von Gewissenlosigkeit in bezug auf die Schinderei der Arbeit er auch betätigen möge, jedenfalls ist ihm nicht die rücksichtslose Brutalität gegen die Kollegen in dem Maße eigen, wie den meisten Berliner Maurerpolicier. Auch dürfen die Polizei in Wien kaum mit der unbeschränkten Radikalvollkommenheit ihrer Berliner Kollegen ausgerüstet sein. Hier wäre es unserem Freunde kaum irgendwo möglich gewesen, mit seinem „Spezi“ die Gleiche auszumauern, und wenn ja, so hätte spätestens am nächsten Samstag die Freude ein jähes Ende erreicht.

Ich habe jetzt meinem ersten selbständigen Handeln im Interesse der Organisation den Standpunkt vertreten, daß ich einen als solchen erkannten Fehler nur dann wirklich bekämpfen kann, wenn ich nicht selbst in diesen Fehler verfällt. Andernfalls fehlt mir das moralische Recht, anderen Vorwürfe zu machen. Gerade in Hinblick auf die Schinderei und Pantiserei bei der Arbeit werden mir die Kollegen, mit denen ich hier oder andernorts zusammen arbeite, ohne Ausnahme bestätigen müssen, daß ich mich nicht leicht irritieren lasse. Und dennoch muß ich eingestehen, daß ich nur selten in der konsequenten Weise unseres Werner mein Tempo eingehalten habe. Man kann eben kaum umhin, sich den Guittänden, die man auf dem jeweiligen Bau vorfindet, bis zu einem gewissen Grade anzupassen, wenn man sich nicht von der ersten Stunde an unmöglich machen will. Der konsequent seinen Standpunkt vertretende Kollege ist beißig für das Verbrechen, seinen Verzus von einem Schandmal zu befreien, manche Entbehrung in Kauf zu nehmen, und falls er gar für mehrere Männer zu sorgen hat, sieht er sich nicht selten durch die bittere Not gezwungen, der Bürgerkonzessionen zu machen. Zugleich wird es dem, der sich die Aufgabe gestellt hat, unter allen Umständen dagegen anzutreten, nicht selten gelingen, das Uebel – wenn auch nicht zu beseitigen – so doch bedeutend einzuschränken. Sobald sich ein oder mehrere geschickte operierende Kollegen auf einem richtigen Schinderei halbwegs acht Tage halten können, sind sie im Stande, eine geradezu regenreiche Wirklichkeit zu entfalten. Vereinzelt kommt es natürlich auch hier vor, daß sich eine Elitengruppe von Kollegen zusammenfindet, der es gelingt, selbst bei einem ausgemachten Schurken von Polizei erträgliche oder gar einwandfreie Bstände zu schaffen. Ein solcher Bau trostet dann die betreffenden Kollegen wieder über eine Reihe von bitteren Erfahrungen hinweg und erfüllt sie mit neuem Kampfesmut. Im allgemeinen kann man aber behaupten, daß die Opfer der Kollegen, die ihren Stolz darin suchen, ihren Verlust von der Schmach der Wühlerie zu befreien, ungleich groß sind. In einer Woche bei drei Unternehmern zu arbeiten, wäre das schlimmste nicht. Weit schwerer wird die Belastungsprobe, die der Überzeugungstreue durch wiederholte vier-, sechs- oder achtwöchige Arbeitslosigkeit in einem Jahre aufgebürdet wird. Zusätzlich wäre, wenn sich dazu noch die Schadenfreude derselben, denen man ob ihres gemeindeschädlichen Verhaltens ins Gewissen redete.

Owwohl ich nun von einer Erörterung dieser Frage im „Grundstein“ eine große Wirkung zum Besten schon deshalb nicht erwarte, weil die, die es in erster Linie angeht, ihr Fachblatt ja nur selten lesen – sinnemalen sie Abends ja totmüde und geistig abgestumpft sind –, hatte ich dennoch das Bedürfnis, einen kurzen Appell an die Kollegen zu richten, die sich bisher schon ihrer Aufgabe bewußt waren oder doch das Uebel, an dem wir kranken, erkannt hatten. Ihnen gelte der Ruf, in der Bekämpfung der in unseren Reihen herrschenden Unwissenheit, Gleichgültigkeit und Bosheit nicht zu erlahmen. Ein jeder stellt sein ganzes Können in den Dienst der Organisation; suche den Traumenden, wachzurütteln, den Unwissenden über seine Klassenlage und den Zusammenhang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzuläutern, den Baghaften mit Mut und Vertrauen zu unserer gerechten Sache zu erfüllen. Nur wenn es uns gelingt, den Organisationsgedanken in der erdrückenden Mehrheit unserer Kollegen zu vertiefen, diese zu überzeugen, klassenbewußt, die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise im allgemeinen klar erkennden Kämpfern zu erziehen, dann werden wir sie auch befähigen, die häßlichen Ereignungen im eigenen Arbeitsverhältnis zu beseitigen oder doch auf ein Minimum zu bechränken. Dass in der Agitation die naive Unwissenheit anders als der phlegmatische Gleichmut, und dieser wieder anders als die Bosheit und schlechende Niedertracht behandelt werden muß, bedarf keiner besonderen Betonung. Wohl aber, daß uns der Erfolg nur dann werden wird, wenn jeder nicht

nen mit Wörtern, sondern auch in der Tat ein Agitator ist. Das heißt: wenn jeder, der sich zur Agitation berufen fühlt, es streng vermeidet, die guten Lehren, die er seinen Kollegen während der Frühstückspause erzählt, nach Frühstück in der Praxis über den Haufen zu rennen.

Den schlechten Eindruck solcher Agitation auf sich wirken zu lassen, hatten unter anderem während des letzten Sommers auch verschiedene unteilbare Berliner Kollegen in Hamburgh Gelegenheit. Während sie die Gewissenshaftigkeit, mit der darauf geprägt wurde, daß jeder Kollege nicht nur im Verbandsbuch, sondern auch im Wahlbereitschaftsbuch die jeweils fällige Marke gelebt hatte, mit Bewunderung erfüllt, wurde es ihnen schwer, ihrem Gelingen vor der unmenschlichen Schuftei und gewissenlosen Schleuderarbeit zu unterdrücken, deren sich die Hamburger Kollegen befreitigten.

Gegen solche Unberücksicht sowohl der eigenen Kollegen, als auch der modernen Gewerkschaften, so sich Polizei nennen, mit allen Mitteln anzutun, sollte unter ernstes Bestreben sein, ungeachtet des Gefahrens der Meiswürde über die. Ca canny-Politik. Diese Beschuldigung, die auch besonders Herrn Heuer, dem Generalsekretär des Verbandes der Baugewerbe Berlins u. Ang. sehr hofft, darf uns schon deshalb nicht irritieren, weil der wirkliche Sinn des Wortes nicht unter Bestreben trifft. Mit diesem Gedanken sucht man lediglich die Arbeitersorganisationen, und vor allem deren Führer, in der Leistungsfähigkeit zu diskreditieren. Die Herren wissen sehr wohl — müssen es wissen —, daß sie sich der Verleumdung schuldig machen. Soweit man mit dem "Ca canny" den Eindruck zu erwecken sucht, als wollten wir die Produktivität der Arbeit lärmlich beschönigen, den Arbeitsprozeß in einer den jeweiligen Umständen nicht gerecht werdenden Weise verlangsamen usw., müssen wir diesen Verdacht als unchichtig bezeichnen und uns gegen die falschen Unterstellungen auf das nachdrücklich verteidigen. Will man aber das Bestreben, die Intensität der Arbeit auf ein den technischen Höchstmaßen gedeckt werden, dabei aber auch die Güte des Produktes nicht vernachlässigen und die physischen Kräfte des Arbeiters berücksichtigend, Maß zu befrachten, treffen — und das will man —, so können wir diesen Vorwurf ruhig auf uns legen lassen. Wir erfüllen damit nicht die Pflicht, die eigentlich den ehrfurchtigen Rechten des Handwerks, den Rufern im Streite um den Befähigungsnahtwies, obliegt, und der sie sich vielleicht auch widmen würden, wenn — dadurch nicht der Profit geschmälerkt würde.

L. K.

## Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 8. bis 9. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Erfurt M. 400, Halle a. d. S. 400, Dresden 400, Groß-Lüttichfelde 300, Danzig 300, Görlitz 200, Grevenbroich 100, Plaue a. d. Havel 100, Pernitz 100, Neubrandenburg 100, Summa M. 240.

Zusätzlich erhielten: Nienstedten M. 400, Leipzig-Görlitz 200, Hamburg-Hopendorf 200, Langendreier 100, Groß-Berken 100, Blaauw i. Vogtl. 50, Summa M. 1050.

Altona, den 9. November 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 87.

## Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschuh, Submissions etc.

Kollegen! Unterlaß nie, von Unfällen, Bauneustürzen, überhaupt von allen wichtigen Vor kommunisten auf den Bauteile schweifend einen sachlichen Bericht an Euer Handblatt zu senden.

**Berlin.** Ein tödlicher Bauunfall ereignete sich am 8. November auf dem Grundstück Stolpische Straße 53. Der auf diesem Bau beschäftigte 48jährige Maurer August Gercke, war zur genannten Zeit in der zweiten Etage beschäftigt. G. verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte topfüber in die Tiefe. Er wurde nach der Unfallstelle II in der Schönhauser Allee gebracht, verstarb jedoch schon auf dem Transporte dorthin an einer schweren Schädelverletzung.

**Eilenburg.** Am 6. November brach auf dem Neubau des Unternehmers Wilh. Wolf ein Holzfäller mit dem Treppenhäusern durch. Die gefüllten Kasten durchschlugen drei weitere Gestelle und der Arbeiter stürzte 8 m in die Höhe, sich schwere Verletzungen am Kopf und den Beinen zuziehend.

**Hamburg.** Am 11. November stürzten in dem Neubau des Hotelbaus Ecke Holzstrasse und Au der Aufer drei Betondenden ein. Unter den Trümmern wurden drei Bauarbeiter begraben. Von ihnen wurden drei herabgezogen, die bei ihren schweren Verletzungen ins Krankenhaus gefasst werden mußten. Das vierte Opfer, ein Bauarbeiter und aufgänglich der Baudelegierte der Bauaufsichtsbehörde, liegt zur Zeit, da wir diese Zeilen schreiben, noch unter den Trümmern. Sein Geschick erreiste ihn, als er aus der Bude Bement holen wollte. Über die Ursachen kann man noch ein endgültiges Urteil abgeben. Über das wollen wir sagen, daß die Abstürzungen der Dachschalungen, die wir gesehen haben, durchaus nicht den Anforderungen entspricht, die man billigerweise bei solcher schweren Konstruktion stellen müßte. Stellenweise sah man Steine, wo drei und mehr Hölzer aufeinandergelegt waren, die lediglich durch einige Bretchen zusammengehalten wurden. Manchmal waren solche Steine auch noch schräg gestellt. Ob wir damit die Ursache des Unglücks genannt haben, wollen wir nicht behaupten. Was wir aber behaupten wollen, ist, daß sich die Bauaufsichtsbehörde viel zu wenig um diese Art von Bauteilen kümmert. Fest, wo das Unglück geschehen war, war freilich Polizei gegenwärtig vorhanden; wenn nur früher etwas sachfundige Kontrolle dagegenwäre.

Das "Hamburger Echo" schreibt, gestützt auf Informationen, die ihm von der Bauarbeiterkommision zugegangen sind,

noch folgendes zu dem Unfall: "Es wurden große Pfuschereien festgestellt. Der Bau wird von dem Innungsmischer Kohl ausgeführt, die Betonarbeiten von der Firma Carl Brand in Bremen. Zur Ausführung der Betonarbeiten waren ein junger Bauarbeiter namens Müsenbach und ein Vorarbeiter namens Radowski am Bau tätig. Ob sie Fachmänner im Betonbau waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Sie am Bau beschäftigten Arbeiter, Stalener, Blumen, Bölen usw., unter denen sich ganz junge Bürden von 17 Jahren befinden, haben den Bau und erst recht vom Betonbau überhaupt keine klare Ahnung. Solche Leute lassen sich vom Vorarbeiter zu allem gebrauchen, sie vollführen die lästigen Pfuschereien, ohne auch nur zu ahnen, daß sie ihr eigenes Leben und das zahlreicher Mitmenschen in Gefahr bringen. Bis in die dunkle Nacht, sogar Sonntags wurde gearbeitet, und zwar bis Stundenende, die um 10—12 Uhr niedriger sind, als der Takt der Betonarbeiter vorschreibt. Schon in der Vieruhr die Sonnensetzung hat die Leitung der Gewerkschaftssection des Maurerverbandes alles aufgeboten, um die Leute zu organisieren, hat sie zweimal eingeladen, und sie auf die Gemeinschaftlichkeit ihrer Arbeitsmethode hingewiesen — alles vergebens! Die Polizeibehörde hat die Firma, ohne bösen Willen und ohne Wissen natürlich, noch intensiver untersucht, als sie Bölen vor dem Bau stellte, damit die unfundigen Leute nicht aufgelöst oder, schärfer ausgedrückt, der Frieden am Bau nicht gehörte werde. Die organisierten Arbeiter am Bau sagten damals schon, der Bau werde ohne Unfall nicht fertig. Sie haben leider recht behalten. Die Ursache des Unfalls ist in der gänglich angenommenen Abschaffung, in mangelschärfster Eisenkonkurrenz und in dem zur Schädigung bewegten Bindematerial zu suchen. An der Säumung der Seite der dritten Etage wurde noch gearbeitet, als man schon die Seiten der unteren Etage (zweite Etage) teilweise fortnahm. Zur Auffüllung wurden 3—4-jährige Bieranstölzer benutzt. Wer nun aber denkt, daß diese schwachen Hölzer alle aus einem Stück geschnitten waren, der irrt sich. Mehrere Steine waren zwei bis dreimal zusammengeknüpft und an der Seite mit einem Schalbrett gehalten. Kurze Stöße von 80 cm Länge wurden hierzu verwendet. Eine solche Steife bedeutet weniger Tragfähigkeit, scheint den leitenden Personen nicht bekannt zu sein. Eine solche Steife ging nach dem Unfall in der zweiten Etage, was aber wie ein Streichholz zahnunverhindert. Die Eisenfouillierung war derartig eingerichtet, daß circa 80 cm voneinander drei Eisenstangen lagen. Zwischen diesen wurde Eisenbeton in der Breite von 8—10 Zoll geschnitten. Einmal wurden diese Stangen zwischen den Längsbalken geschnitten. Die verbleibenden circa 80 cm breiten leeren Hölzer des Gruppen wurden mit Schlacken und Sand (S) vorgekämpft und sodann die ganze Fläche mit einer Sandbahn und darüber einem Betonguss von 2—3 cm Dicke bedekt. Ein erfahrener Betonarbeiter hat noch kurz vor dem Einsturz zu seinen Kollegen gesagt: "Na, wenn das hält, hält all's!" Es haben also unstrittig schwere Pfuschereien das Unglück verschuldet."

Ein Bauarbeiter versicherte uns, daß die Bauaufsichtsbehörde schon vor vierzehn Tagen in einem anonymen Schreiben auf die bei dem Bau drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden ist. Man hatte die Stützen unter den noch stehenden Decken weggenommen und dadurch die Einsturzgefahr herausgeschworen. Die Bauaufsichtsbehörde wurde erzählt, der Bau zu kontrollieren und einen drohenden Unglück rechtzeitig vorzubereiten! Sie wird sich darüber zu äußern haben, ob diese Warnung erfolgt ist, und wenn ja, weshalb ihr keine Folge gegeben wurde!

**Ich hoffe.** Wie es scheint, will man bei dem Neubau der Altenhagen Patenteinen einen Notfall betreffe der Unfälle errichten. In der Nr. 44 des "Gedenk" jahre wir uns veranlaßt, einen Unfall zu veröffentlichen, dem zwei blühende Menschenleben zum Opfer fielen, und der einzig auf die Richtliniehaltung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen war. Schon wieder ist ein Unfall zu melden. Am 5. November, Morgen 8½ Uhr, stürzte vom Wellblechdach des betreffenden Neubaues ein Schloßergehölze ab, der dort mit der Festigung einer Fensterbank beschäftigt war. Die Arbeit wird von einer Stettiner Firma ausgeführt. Trotzdem ein Starter Reiß auf dem Dache war, hielt man es nicht für nötig, den Mann anzuweisen, eine Klemme an den Leib zu schallen, gleichweise ein Fanggerüst an der Dachtraufe anzubringen. Damit wurde das Unglück gewissermaßen herausgefordert. Der Arbeiter rutschte auf dem breitesten Dache aus und stürzte circa 15 m herab. Man mußte den schweren Verletzten, der außer inneren Verletzungen einen Schienbein- und Schenkelbruch erlitten hatte, nach dem Julientag transportieren. Dies ist nun innerhalb eines Vierteljahrs der dritte Unfall, der auf der Gewerkschaft passierte. Uns soll nur wundern, ob jetzt seitens der Behörde energische Maßregeln ergriffen werden, um eine derartige Fahrlässigkeit aus der Welt zu schaffen.

**Neuhaus.** (Borchardt zu Rautkress und Götzen.) Montag, den 4. November, fiel der Zimmerlehrling Engelman von dem Dache eines Neubaues, das sehr breit war; er fiel unten auf eine Karte und erlitt so schwere Verletzungen, daß er am selben Tage starb.

**Rügendorf.** Ein schwerer Bauunfall hat sich am 7. November auf dem Grundstück Siegfriedstr. 18 ereignet. Es werden dort gegenwärtig die Fundamentgruben für einen Neubau hergestellt. Eine Erdwand war dabei nicht abgesleift worden, und als der Bauarbeiter Wilhelm Schneegas in der Baugrubre tätig war, stürzte die mehrere Meter hohe Wand ein. Sch. wurde unter den Erdmassen vollständig verschüttet. Arbeitskollegen, die den Unfall bemerkten, sprangen sofort hinzu und machten sich an die Rettung ihres verunglückten Kameraden. Es gelang ihnen auch nach angestrengter Tätigkeit, den Verunglückten noch lebend ans Tageslicht zu befördern. Sch. hatte schwerste innere Verletzungen erlitten und mußte in einem Krankenwagen in das städtische Krankenhaus gebracht werden. Bieder eine Mahnung zur Sorgfalt auch bei Erdarbeiten!

**Torgau.** Am 4. November stürzte der Kollege Heinrich Schäfer aus Betrieb, der im Neubau der Sprudelbach beschäftigt war, von einem in der ersten Etage aufgestellten Bodenrost, wahrscheinlich durch Fehltritt zum Fenster heraus. Er wurde mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus geschafft, wo bei der Untersuchung innere Verletzungen der Brust konstatiert wurden. Einige Tage

zuvor war an der zum Bau gehörigen Kanalanlage ein Stoß durch nachlassendes Erdreich weit verschüttet, das er gerade noch nach Hülfe rufen konnte. Wie nötig es ist, bei aufgefülltem Erdreich richtig absteifen, beweist dieser Vorfall.

**Treptow a. d. Rega.** Auf dem Neubau des Schlachthofes stürzte am 8. Oktober ein Betonende ein und auf vier Männer, die darunter mit Bogen beschäftigt waren. Drei von ihnen wurden schwer und einer leicht verletzt. Ein Verschulden konnte noch keinem nachgewiesen werden.

**Wurzen.** Ein bedauerliches Unglückstall ereignete sich Dienstag, den 9. November, Nachmittags, in der Aula des Gymnasiums, wo zur Zeit Reparaturen vorgenommen werden. Die Arbeiter werden von der Baufirma Kraus ausgeführt. Beim Wegnehmen des Kronleuchters geriet das sechs Meter hohe Gerät ins Muscheln und stürzte teilweise zusammen. Am meisten wurden die Kollegen Schuster und Tauchwitz betroffen. Beide Bauarbeiter waren zum Glück nicht mit in der Aula anwesend, als das Unglück eintrat. Beide waren schwer verletzt, als der Kollege Schuster und der Kollege Tauchwitz kam mit mehreren leichten Verletzungen davon; viel schlimmer traf dagegen das Unglück den Kollegen Schuster. Er erlitt einen Arm und einen Beinbruch, sowie Verletzungen am Kopf. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus gebracht. Wie das Unglück entstanden ist, darüber konnten bestimmte Angaben nicht gemacht werden. Die Untersuchung wird erst ergeben müssen, auf welchen Verschulden die Kollegen zu Krüppeln wurden. Recht schlimm hat der Unfall die Familie des Kollegen Schuster betroffen. Erst im vergangenen Winter brach er das rechte Bein. Er war bei der strengen Kälte eines Abends auf der Chaussee nach Deuben ausgespaziert und mußte viele Wochen auf dem Krankenlager zubringen. Nun hat er das linke Bein und auch den linken Arm noch gebrochen. Der Familie ist dadurch auf viele Wochen wieder der Ernährer entrissen worden.

\* **Baukontrolleur und Submissionsbedingungen.** Gegen die Stimmen der Freisinnigen wurden in der vorigen Woche im Gemeinderat in Straßburg i. Els. zwei sozialdemokratische Anträge durchgebracht, die für die dortigen Arbeiter von sehr großer Bedeutung sind. Der erste Antrag betrifft die Anstellung eines zweiten Baukontrolleurs aus Arbeiterkreisen. Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag mit 16 sozialdemokratischen und einer Centrumsstimmung gegen 14 liberale und zwei Denktriumsstimmen abgelehnt.

Weiter hatten die Sozialdemokraten beantragt, in das städtische Kaufamt eine Bezeichnung einzufügen, wonach nur solche Unternehmer für städtische Arbeiten den Zuschlag erhalten sollen, welche die am Orte — auch außerhalb — etwa bestehenden Tarifabmachungen zwischen Unternehmer und Arbeiterverbänden anerkannt haben, auch wenn der Unternehmer nicht seinem Verband angehört. Auch hiergegen erhoben die Liberalen ihre fadenscheinigsten Einwände. Die Verwaltung stellte sich ganz auf Seiten des sozialdemokratischen Antrags. Mit 16 sozialdemokratischen Stimmen wurde er bei 15 Stimmenabstimmungen angenommen. Die liberalen Unternehmer haben bei dieser Gelegenheit die rechte Profipolitik der Arbeitgeber verfochten, von liberalen Anstrengungen war ihre Haltung himmelweit entfernt. Nach alledem ist es nicht verwunderlich, daß die Liberalen mit dem Centrum einen anderen sozialdemokratischen Antrag, den städtischen Arbeitern eine Zeurungszulage zu gewähren, ablehnen. So treiben also die Liberalen und Centrumsozialpolitik!

Die Tätigkeit der sozialistischen Fraktion im Straßburger Gemeinderat zeigt wieder recht drastisch, wie diese energisch und erfolgreich die Interessen der Arbeiter vertreten. Trotzdem wird man in der liberalen und konservativen Presse weiter verbummeln und sagen, die "Roten" leisten keine positive Arbeit.

Aber noch etwas anderes haben wir dabei zu bemerken. Vor einiger Zeit brachte die "Baugewerkschaft" einen gut gezielten Artikel über: "Sozialdemokratischer Bauarbeiterclub", wobei sie in der Verleihung unserer Organisationsbeschreibungen sowie ging, daß es sich für uns von vorn verbot, darauf zu antworten. Schaden wird unser Schreiber auch kaum angebracht haben; denn für uns zeugen solche Taten, daß wir die Worte entbehren können. Eine solche Tat ist auch der hier mitgeteilte Beschluss der Straßburger Kaufhaussozialisten, die Angehörigen der Partei, die nach dem Urteil der bürgerlichen Presse, denen sich die "Baugewerkschaft" in diesem Falle immer anschließt, die Verkörperung unfruchtbaren Nörgelns sein soll. Wir sind natürlich sicher, daß die "Baugewerkschaft" von diesem Beschluss keine Notiz nehmen wird; sie wird ebensoviel tun, wie sie so überaus gelungene Ausstellung der Bremer Bauarbeiterkommision erwähnt hat. Sie würde sich ja dann selbst äugen strafen.

\* **Ein prächtiger Bau ist in Cassel entstanden.** Diesmal ist es aber kein Regierungsbau, kein Neidengeschoß, keine Kirche, kein Marionettenspiel — sondern ein Gewerkschaftshaus, ein Heim der Arbeit, ein Haus des Volkes. Die Seitennummer des Casseler "Volksblattes", der wie die Nachricht von der Vollendung des Baues entricht, bringt einige gut ausgeführte Ansichten des Gebäudes und eine von unserem Kollegen Thöne verfasste Erklärung seiner Entstehung und Errichtung. Das Haus ist fünf Stockwerke hoch. Die Vorderfront wirkt besonders durch ihre Größe, sie ist durch drei von spitzigen Giebeln getrennt. In drei Teile geteilt, so daß der strenge und nüchterne Eindruck, den manche große Fronten sonst hervorrufen, dadurch gemildert wird. Das Portal ist in Böschbogenform gehalten und in Sandstein ausgeführt, sonst hat man bei der Ausschmückung der Front zu sehen ist, recht schöne Effekte erzielt hat. Als Ausdruck des gewerkschaftlichen Gedankens sollen links und rechts vom Portalvorbau in den dazu vorgelegten Nischen zwei charakteristische überlebensgroße Figuren Platz finden. Den oberen Abschluß des Portals bildet eine auf Konsole ruhende Balustrade, die links und rechts von zwei Obelisken flankiert wird.

Man hat mehrfach verlangt, daß der aufstrebende Charakter der modernen Arbeitersbewegung auch in der

Architektur ihrer Gebäude ausgedrückt würde, und es barum gelabt, wenn man Fassaden schaffe, die von Schnitz und Ornamenten förmlich strotzen, oder wenn man bei der Formengebung bis zum romanischen Architekturstil zurückgreift. Das Bauwerk soll der Ausdruck seiner Zeit, seines Zweedes und des Charakters seiner Schöpfer sein. Es will uns scheinen, als wäre man in Cassel diesem Ideal ziemlich nahe gekommen. Es ist selbstverständlich, daß die innere Einrichtung den Zwecken des Hauses angepaßt ist. Bei dem Bau kann ja nun alle Erfindungen nutzbar gemacht werden, die man bei den Gewerbeschäftshäusern in Berlin, Frankfurt a. M. und auch wohl schon in Leipzig gemacht hatte. Außer den üblichen Räumen, Säle, Salzräumen, Fremdenzimmern, Herbergen, Baderäumen, enthält das Haus auch eine Turnhalle. Der Entwurf stammt von den Architekten Gebr. Langenberg in Cassel, in deren Händen auch die Bauleitung lag. Beauftragte und Gründünder repräsentieren einen Wert von M. 700 000.

Möge die Casseler Arbeiterschaft ihres Besitzes recht froh sein und bleiben.

\* **Das höchste Haus der Erde.** In New York ist jetzt der höchste Wölkenträger der Welt, das Singergebäude am unteren Broadway, bis zu 41 Stockwerken gebaut. Es werden aber, wie die Tageszeitungen berichten, noch weitere sechs Stockwerke aufgeführt werden; damit wird die Höhe dieses Mastes unter den Baumwerten auf 185 m steigen, 60 m über jeden bisherigen Wölkenträger. Das Gebäude erhält 16 Aufzüge, von denen 8 Glastüren sind, die erst im 20. Stockwerk halten, seiner bestreitet die Belichtung und so viele Lampen wie bei einer kleinen Stadt, nämlich aus über 15 000.

### Aus anderen Dernsen.

\* Die Brau- und Brennerei Friedrich Degen Nachf. (Inhaber Stegemann & Sohn) in Nordhausen hat seit dem 2. Oktober ihre Arbeiter ausgeschert, um seine Organisation aufzumachen zu lassen. Hierbei haben übrigens alle 72 Brennereien Nordhauses die Hand im Spiele. Die Schnapshersteller zahlen Jännerlohn von M. 18 bis 20 wöchentlich.

\* **Eine neue gelbe Gewerkschaft.** Im Buchdruckgewerbe ist es bekanntlich nach langen und schweren Kämpfen zwischen Vereinigungen zwischen Arbeitern und Unternehmern gekommen, durch die Streiks und Aussperrungen verhindert und geregelte Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten werden sollen. Aber es gibt auch in diesem Gewerbe Unternehmer, denen dieser Zustand ein Grauel ist. Um die wenigen noch nicht organisierten Buchdrucker auch fernzuhalten, beschloß das obstreite Hauselein farbendes Buchdruckprinzipal, das sich trotz Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe nimmt, den "Mauhenden" für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Todesfalls den Bezug der gleichen Beiträge zu erwidern, wie sie von dem Verbande der deutschen Buchdrucker gewährt werden. Die Prinzipale wollen die Hälfte der wöchentlich zu zahlenden Prämie auf sich nehmen, während den Gehüften für die ihnen zugesagten Beiträge Rechtsanspruch gewährt werden soll.

Also auch hier sollen durch Gewährung materieller Vorteile Arbeit veranlaßt werden, Vertraut an Ihren Berufsgenossen zu begehen.

\* Die tschechoslowakischen Gewerkschaften bildeten am 28. September ihren vierten Kongreß ab, auf dem einige allgemein interessierende Angaben über ihre Entwicklung gemacht wurden, die wir kurz notieren. Der Landeskommision waren im Jahre 1897 nur 184 Organisationen mit 7102 Mitgliedern angegeschlossen; diese Zahl wurde derart, daß die Kommission im Jahre 1900 bereits 514 Vereine und 22 723 Mitglieder zählte. Das letzte Berichtsjahr weist jedoch eine Anzahl von 1208 angeschlossenen Vereinen mit 80 971 Mitgliedern auf, davon 2820 Frauen sind. Bis auf ganz geringfügige Ausnahmen sind alle Branchen in der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission vertreten.

Mit dem Antrage der Mitgliedszahl wuchsen natürlich auch die Pflichten der Gewerkschaftskommission. Ihre Ausgaben beliefen sich im Jahre 1906 auf M. 446 076, so daß auf ein Mitglied ein Beitrag von M. 12 entfällt. Hieron fanden auf Unterstützungen M. 234 812 (M. 630 pro Mitglied), auf die übrigen Ausgaben, als Ratsstabs-, Fachblätter-, Bildungsstätte, Agitation, Schäffer usw. M. 212 184 (M. 5 70 pro Mitglied). Das Vermögen der Gewerkschaftskommission betrug zum Schlus des genannten Jahres M. 88 493 700, wogegen sich das Vermögen der Gewerkschaftskommission angelöschten Vereine auf M. 809 137, ihre Streifsonde auf 133 343 beliefen.

### Generalversammlungen.

Die Tabakarbeiter tagten vom 14. bis 20. Oktober in Bielefeld. Aus dem Vorstandbericht ist zu entnehmen, daß sich die auf dem vorherigen Verbandstage geschaffene Einrichtung der besoldeten Gauleiter gut bewährt hat. Der Verband hat seitdem 6500 Mitglieder gewonnen. Die vielen und in allen Fällen recht hartnäckigen Kämpfe mit den Unternehmern haben die Finanzen des Verbandes sehr angegriffen. Im letzten Jahre mußte mehrfach die Hälfte anderer Verbände in Anspruch genommen werden, die, wie der Vorsitzende rühmend und dankend hervorhob, bereitwillig und ausreichend gewährt wurde. Die neue Zigarettensteuer hat die Lage der Zigarettenarbeiter sehr verschlechtert; und schon laucht der Plan auf, die Banderoleiter auch auf Zigaretten zu übertragen. Dadurch würden die Tabakarbeiter zu noch größeren Kämpfen gedrängt werden. Die luxemburgischen Tabakarbeiter haben sich an den Verband gewendet, sie wollen sich ihm anschließen. Der Verbandstag stimmte dem zu. Die schon seit längerer Zeit schwedenden Einigungsbewegungen mit den Sortierern haben noch immer zu keinem Resultat geführt; sie sollen fortgesetzt werden. Dagegen gelang es, mit der vom Verband abgesplitteten Organisation der Dresdener Zigarettenarbeiter ein Vereinseinkommen zu treffen, das den Wiederaufbau als ziemlich gejährt erscheinen läßt. Die Hauptaufgabe der Tagung war, den Verband kampftüchtiger zu machen. Nach ziemlich langwierigen Auseinandersetzungen wurden die Beiträge in allen Klassen um 5 pro Woche erhöht und die Kranken-

unterstützung etwas eingeschränkt. Dafür nahm man eine kleine Aufbesserung der Arbeitslosenunterstützung vor. Besetzes der Heimarbeit wurde eine Resolution angenommen, die das Verbot der Heimarbeit in der gesamten Tabakindustrie fordert, was zweifellos das rabiatste, aber auch am schwersten erreichbare Ziel sein dürfte. Die Gesellschaftsfrage sollte gleichfalls geregelt werden. Die Debatte darüber bewegte sich zeitweise auf einem ebenso niedrigen Niveau, wie die auf unserem Cölner Verbandstage. Provisorisch wurde ein Anfangsgehalt von M. 1800 festgesetzt, wozu jedoch jeder Angestellte, der bisher schon im Amt war, sofort M. 200 Bulage haben soll. Eine endgültige Regelung soll der nächste Verbandstag vornehmen. Die alten Vorstandsmitglieder werden wiedergewählt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Bremen.

**Der Verband der Seelenleute** hielt vom 21. bis 25. Oktober seinen fünften Verbandstag in Hamburg ab. Nach dem Vorstandbericht war die Entwicklung des Verbandes in den Jahren 1905/06 eine günstige. Die Zahl der Mitgliedschaften und Filialen stieg von 20 zu Beginn des Jahres 1905 auf 34 am Schluß des Jahres 1906. Im selben Zeitraum siegte die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder von 7283 auf 13 481 und die vollzahlsenden von 3189 und 6024. Die Einnahmen des Verbandes betrugen in der Berichtsperiode M. 229 001,16, die Ausgaben M. 197 093,82. Von letzteren entfielen auf Aussperrungen und Streiks usw. M. 77 778,46. Das Verbandsoberamt ließ von M. 94 843,61 am 1. Januar 1905 auf M. 127 545,06 am 31. Dezember 1906. Eine recht erfolgreiche Tätigkeit entfaltete der Verband in der Berichtsperiode in bezug auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der seemannischen Arbeiter. Namenswert das Jahr 1906 stand unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Kampfes. Durch die vom Verband geführten Streiks wurde für ca. 25 000 Seeleute ein Mehrlohn von ca. 2½ Millionen Mark pro Jahr erreicht; wogu noch M. 50–60 000 kommen, die durch Lohnbewegungen ohne Streik für 4–5 000 Seeleute und Fischereierungen wurden. Auch die Tarifbewegung machte Fortschritte, wodurch weitere Vorteile auf fast allen Gebieten des Arbeitsverhältnisses erzielt worden sind. Diese Erfolge sind um so höher zu veranschlagen, als die seemannischen Arbeiter mit dem kapitalstreuenden Unternehmertum zu rechnen haben, dessen Koalitionsbestrebungen längst die nationalen Grenzen überstritten und zur Bildung internationaler Verbündungen des Reedertums geführt haben, mit dem ausgesprochenen Zweck, den wirtschaftlichen Aufstieg der seemannischen Arbeiter zu begünstigen.

Der Verbandstag stimmte die schon längst angestrebte Bildung eines Industrieverbandes aller Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande im Prinzip zu, aber nur unter der Bedingung, daß sich sämtliche in Betracht kommenden Verbände daran beteiligen. Zu einer nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden angenommenen Resolution wurde gegen die Verwendung von Chinenen und Fischern zu Schiffsdiensten auf deutschen Schiffen protestiert. Auch zur Reform der Seemannordnung nahm man Stellung. Auch auf diesem Verbandstage handelte es sich darum, den Verband auf eine feste finanzielle und organisatorische Grundlage zu stellen. Der Vorstand forderte eine Erhöhung der Beiträge und dafür Einführung von Unterstützungsseinrichtungen. Angenommen wurde folgendes:

Der Verbandsstil soll in Zukunft lauten: „Zentralverband der seemannischen Arbeiter Deutschlands“, und zwar werde dies in Rücksicht auf das Maschinenzerspannungsamt und die Fischereiarbeiter empfohlen. Unterstützung soll zukünftig auch bei Maßregelungen bezahlt werden. Das Eintrittsgeld soll nach wie vor M. 1,60, der Beitrag wöchentlich M. 4 betragen. Extrabeiträge darf der Vorstand ausschreiben, sobald für Kämpfe mehr als M. 20 000 ausgegeben sind. Rechtschutz wird nach halbjähriger Karentzeit gewährt, Unterstützung bei völligem oder teilweisem Effektenverlust je nach Dauer der Mitgliedschaft in fünf Staffeln M. 15 bis 125, Unterstützung in besonderen Notfällen in zwei Staffeln M. 25 bis 50. An Streifunterstützung sollen pro Woche M. 12 und für jedes Kind M. 1 bis zum Höchstbetrag von M. 18 bezahlt werden.

Von den weiteren Verhandlungen muß noch erwähnt werden die Annahme einer Resolution, die den festen Willen des Verbandes betont, die Konflikte mit den Niederern nach Möglichkeit ohne offenen Kampf zu erledigen und darlegt, daß diese Bestrebungen immer an jedem unzähmbaren Haß der Wallin und Konfronten gegen jede selbständige Arbeitersorganisation gescheitert sind. Die Gehaltsfrage war auch hier zu regeln; die Gehälter wurden in Abhängigkeit von M. 1800 bis 2500 festgestellt. Die alten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* **Der Strohmännerchwund.** Bei der Absicht, sindrechtliche Verpflichtungen zu entziehen, indem sie einen vermögenslosen Schulden zum Unternehmer stempeln, ist eine Firma in Gesele im Lande vor dem dortigen Gewerbebericht recht brav hereingefallen.

Die Firma Baumhold & Hofel hatte in mehreren Neubauten Keller zu dichten. Sie übertrug diese Arbeiten einem Maurer Basse gegen Zahlung eines bestimmten Aufzulades für jeden fertig gestellten Kubikmeter, mit der Anweisung, sich etwa benötigte Hülfsträfe dazu zu beschaffen. An den Lohnzahlungstage erhielt er je 90 pf. der fertigen Arbeit bezahlt haben, damit er seinerseits die Hülfstrafe befriedigen könne. Bezuglich etwaiger Hülfstrafen war ferner vereinbart worden, daß Basse die Invalidenfortpflanzungen der anzunehmenden Leute im Konto der Firma abzehnen solle. Diese sollte dann die Invalidenversicherungsbeiträge entrichten. Auch übernahm die Firma es, die Arbeiter auf ihren Namen zur Krankenversicherung anzumelden. Die als Beiträge verusgabten Beiträge sollten jedoch dem Basse an seinem Verdienst gefürzt werden, wie er überhaupt nach dem Willen der Firma B. & H. den Arbeitern gegenüber als selbständiger Unternehmer gelten sollte. Es kam nun so, wie es in solchen Fällen immer kommen muß. Der völlig mittellose Basse konnte eines Tages seinen Hülfstrafen den verdienten Wohn-

nicht zahlen. Die Firma B. & H. weigerte sich ebenfalls, da nicht sie, sondern B. der Unternehmer gewesen sei. Das Gewerbebericht entschied nun folgendermaßen: Auf Grund der Beweisaufnahme ist festgestellt worden, daß als Unternehmer der ausgeführten Arbeiten der Maurer Basse nicht angesehen werden kann. Von einem Altord im eigentlichen Sinne kann nicht die Rede sein. Verüchtigt man, daß unfehlig die von Basse angemeldeten Arbeiter von der angelegten Firma zur Krankenfasse angemeldet und auch die Beiträge für die Invalidenversicherung von der Beflagten verrechnet sind, so ist der zwischen Basse und der Beflagten abgeschlossene Vertrag dahin auszulösen, daß ersterer nur verpflichtet war, Arbeiten an Bauten zu einem für jedes Quadratmeter festgesetzten Preise zu leisten und sich für die Arbeiten Hülfstrafe zu verpflichten, welche die Arbeiten zu dem mit Basse vereinbarten Preise zu liefern hatten. Die von Basse angenommenen Arbeiter sollen aber nicht lediglich gegen Basse einen Anspruch haben, sondern dieser sollte hinsichtlich der Annahme der Hülfstrafe nur als Vertreter der beflagten Firma fungieren. Die beflagte Firma ist demnach verpflichtet, den Kläger den Lohn für die von Basse gelieferte, aber noch nicht bezahlte Arbeit auszuzahlen.

Dem Urteil stimmen wir völlig zu. Würden sich alle Gewerbeberichter einer solchen Rechtsprechung befreien, so trüte dieser erbarmliche Schwund bald überwunden. Das er besonders im Baumgewerbe blüht, ist ja bekannt.

\* **Graf Posadowsky über die Altersversicherung der Arbeiter.** Nach dem „Berliner Tageblatt“ sprach sich in einer Unterredung, die er dem in Berlin lebenden englischen Publizisten G. V. Shord gewährte, der frühere deutsche Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky-Wehner in folgender Weise über das die politischen Kreise Englands jetzt bewegende Problem der Altersversicherung der Arbeiter aus:

„Wenn die britische Regierung ernstlich die Einführung einer Maßnahme beabsichtigt, durch die für die arbeitenden Klassen in England Altersversicherungen geschaffen werden sollen, dann sie nichts Unerstes tun, als unfehlbar zu tun. Erfahrungen zu ihrem Vorteile sind. Wir in Deutschland haben die Frage gründlich von theoretischen und praktischen Gesichtspunkten in Angriff genommen, und wir haben praktische Erfahrungen hinter uns, wie sie kein anderes Land gewonnen hat. Sie können unser System mit dem Frankreichs oder irgend eines anderen Landes vergleichen, sie werden aber nicht finden, daß ein anderes System dem unsern gleich kommt. Wir haben den Arbeitern Deutschlands ein unverfehlbares gesellschaftliches Recht verliehen, wenn sie frank werden oder das siebzigste Lebensjahr erreicht haben, einen bestimmten Betrag vom Staat zu fordern, der sie der Notwendigkeit überliefert, die unzureichende Unterstützung durch die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch zu nehmen oder der Armenunterstützung durch die Gemeinde anheimzufallen. Die vom Staat geleisteten Beiträge stellen keine milde Gabe dar; sie werden vielmehr genähert als die Leistungsfähigkeit, für von den Arbeitern selbst gezahlte Zwangsbeiträge, zu denen Zwangsbeiträge in gleichem Betrage von Seiten der Arbeitgeber kommen, die noch durch einen Zusatz vom Staat ergänzt werden. Dadurch ist der Gedanke an almosenartige Unterstützung ausgeschaltet. Die Versicherungssentralen haben nichts in Übereinstimmung gebracht; der Staat, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer wirken zur Schaffung des Versicherungsfonds zusammen, und die Versicherungsanstalten, die die ausführenden Körperschaften für die Durchführung der rechtsgerichtlichen Bestimmungen sind, sind aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzt.“

Als die ersten Arbeiterversicherungsgesetze entworfen wurden, konnten wir nicht ahnen, daß die allgemeine Lage der deutschen Arbeiterschaft sich so rasch heben würde, wie es wirklich der Fall gewesen ist. Deshalb sind zweifellos die Altersrenten auf einen niedrigeren Betrag festgesetzt worden, als sonst geschehen wäre. Wir wachten uns den damals in Deutschland herrschenden Verhältnissen an. Aber ich glaube nicht, daß wir selbst jetzt höhere Renten gewähren könnten, außer wenn die zu dem Altersversicherungsfonds in der Form von Marken geleisteten Beiträge erhöht werden.

In England können sie vielleicht ein System auf anderen Grundlinien entwerfen, da soviel ich weiß, eine Arbeiterschaft in großem Umfang das für sich selber tut, was bei uns für sie vom Staat getan werden muß.

Was die dem Staat durch ein System der Arbeiterversicherung erreichenden Ausgaben betrifft, so werden sie gewiß angeben, daß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus vorteilhafter und vom Humanitätsstandpunkt aus würdiger für die Gesellschaft ist, ihre Arbeiter frei von Krankheit und arbeitsfähig zu erhalten, als sie frank und arbeitsfähig in Spitäler und Armenhäusern verjagen zu müssen.

Unser indirektes Ziel ist außerdem das, die Gefahr physischer Arbeitsunfähigkeit zu verhindern. Wir beginnen daher mit Maßnahmen in dieser Richtung schon ganz im Anfange der Krankheit. Die Versicherungssentralen senden die Kranken im ersten Stadium des Leidens in die Krankenhäuser, um diesen Fortschreiten zu verhindern und die Arbeiter zur Erhaltung ihrer selbst und ihrer Familien weiter arbeitsfähig zu machen, indem sie geholfen werden, ehe sie die Krankheit an der sie leiden, erwerbsunfähig macht.“

### Polizei und Gerichte.

\* **Hat ein Gendarm das Recht, in geschlossene Gesellschaften einzudringen?** Die für Vereine bedeutsame Frage hat das Landgericht Naumburg a. d. S. im verneinenden Sinne entschieden. Der Arbeiterschaftsverein Kreisbauern der Zeit hatte im April d. J. in Dreyzig sein Gründungsfest abgehalten. Publicly eröffnet im Saale der Gendarmerie Mengen. Vom Vorstand erfragt, ob er eine Einladungsliste habe, erklärte er, das nicht nötig zu haben, er sei vom Amtsverwalter beauftragt, das Vergnügen zu überwachen. Er wurde dann aufgefordert, den Saal sofort zu verlassen, und als er nicht ging, drängten die Anwesenden fast alle auf den Gendarmen ein und drängten

Ihn so aus dem Saal. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich nach etwa einer halben Stunde zum zweiten Mal, als der Gendarm wieder den Saal betrat. Der Gendarm rief nun telefonisch zwei Gendarmen aus benachbarten Orten zu Hilfe. Als der erste davon eingetroffen war, gingen beide Gendarmen in den Saal. Von neuem wurde Mengen zum Verlassen des Saales aufgefordert und von neuem wurde er, da er nicht ging, zum Saal hinausgeschubst. Dann kam der dritte Gendarm hinzu. Nun ging es zu dreien in den Saal. Dasselbe Schauspiel wie vorher spielte sich nun zum vierten Mal ab. Die Gendarmen blieben jetzt endlich außerhalb des Saales stehen. Das Vergnügen nahm nun seinen ungehinderten Fortgang. Es folgte eine Anklage, nicht gegen die Gendarmen, sondern gegen drei Genossen, die nach der Anklage den Gendarmen Mengen „Widerstand“ geleistet hatten, indem sie ihn zum Verlassen des Saales aufgefordert und dabei auf ihn eingerungen seien und mit den Händen berührt hätten. Das Schöpfgericht bestätigte den „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ auch für erwiesen an und verurteilte die Wahrer des Hauses zu je einem Monat Gefängnis. In der Beurteilungssitzung vor dem Raumburger Landgericht sagte Mengen aus, er habe das Vergnügen im Auftrage des Amtsgerichts überwachen wollen, um festzustellen, ob etwa Nichtmitglieder zugelassen werden oder ob Neden gehalten würden. Das Landgericht hob das Urteil auf und sprach die Angeklagten frei. Bei zweien liege ein „Widerstand“ schon deshalb nicht vor, weil der eine durch die Menge auf den Gendarmen zugedrängt worden sei, der zweite fügt nur mit ausreichendem Anreiz vor ihm hingestellt habe. Des dritten Angeklagten, der den Gendarmen beim Vorhören freigehalten habe, hätte hätte allerdings mit Gewalt Widerstand geleistet. Dieser Widerstand kann aber nicht bestraft werden, da der Gendarmerie nichts inrichten kann, es sei denn, der Amtsgerichtsbeschluss befindet sich. Die Staatsanwaltschaft in Raumburg hat gegen das Urteil Revision angemeldet. Über-schwerlich wird die Revisionsinstanz zu einem anderen Forderung kommen; nach dem Strafgesetzbuch ist strafbar, wer das Haussrecht eines anderen stört, nicht wer sein Haussrecht schützt.

### Verschiedenes.

\* Eine merkwürdige Art der Bezahlung von Bauhandwerkern wird aus Königshütte in Oberösterreich berichtet. Dort wurde ähnlich ein Zentrumblatt unter dem Namen „Königshütter Volkszeitung“ gegründet, für das die örtliche Firma selbst lebhaft Propaganda macht. Es wurden nach Art der Antisemitischen an Geseniusfesten Schuldscheine in Umlauf gesetzt, und weil diese nicht sehr begehrt sind, erschien eine wirkliche Ausmusterung der mit ihrem Gelde zurückhaltenden Katholiken am Platze. Deshalb hat ein Pfarrer den Vertrieb dieser Papiere in die Hand genommen. Er empfiehlt sie in entsprechender Art und Weise, insbesondere jedem Geschäftsmann oder Handwerker, der irgend eine Forderung an die Kirche hat. Ein Handwerker, der beim Bau der neuen St. Josephskirche mitgewirkt hatte, erhielt für M. 50 Forderung ein solches Papier mit folgendem Befluss:

#### Schuldschein

50 Mark

In Worten fünfzig haben wir für Zwecke der uns gehörigen „Königshütter Volks-Zeitung“ von Herrn (folgt Name) geliehen erhalten.

Wir verpflichten uns, diesen Betrag von 50 Mark mit 3 Prozent zu verzinsen.

Die Rückzahlung, welche in Form der Auslösung geschieht, wird der Aufsichtsrat bestimmen.

Königshütte, den 17. 10. 07. (Unterschrift.)

Also für Forderungen an die Kirche gibt man den Handwerker-Gutscheine für ein untrütbartes Zeitungsunternehmen. Das ist eine merkwürdige Art, die Frage der Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen zu lösen.

### Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“, (Stuttgart, Paul Singer), Heft 6 des 26. Jahrgangs. Aus dem Innern des Heftes hören wir hervor: Das große Neinnehmen. — Die Physiologie der Neuronisten als soziale Erziehung. Von Dr. F. A. Petzold. — Der siebzehnstaatliche Arbeitersong. Von Wilhelm Jonson. — Zur Regelung der gewerbe- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Gärtnergewerbe. Von Otto Albrecht (Berlin). — Ueber gesellschaftliche Agitation. Von Otto Winnig (Hamburg). — Die Gründelscher Nüchterns. Von J. K. — Literarische Rundschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Gerausgeber Dr. F. Bloch) werden mit Beginn des neuen Jahres, in dem sie in ihrem 14. Jahrgang eintreten, in ihrem Aufang wie in ihrer Eröffnungsweise verändert: sie werden vom 1. Januar an aller 14 Tage erscheinen. Die Erweiterung der Monatshefte ist notwendig geworden, weil der Stoffaandrang die Bewältigung ihrer Aufgaben im bisherigen Maße nicht mehr gestattet. Auch wird durch das häufigere Erscheinen noch in höherem Umfang, als bisher schon, der Aktualität und den Bedürfnissen der Tagespolitik Rechnung getragen werden können.

Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auszugsabdruckung. Von Karl Kraus. Verlag Buchhandlung Borwärts, Berlin SW. 68. Preis M. 1. Agitationsausgabe 50 Pf. Die vorstehende Broschüre verbindet ihre Erstellung, den Verbandungen des Stuttgarter Internationalen Kongresses über die Kolonialpolitik.

Mehrten-Führer. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationssäuglinge nötigen Wissens und Könnens. Von Eduard David. Verlag: Buchhandlung Borwärts, Berlin SW. 68. Preis M. 1,50. Wir behalten uns eine eingehendere Besprechung des Werkes vor.

Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Theorie der proletarischen Hauserziehung. Von Heinrich Schulz. (Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.)

Die kleine Schrift soll als eine Art „Mutterbriefe“ zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen. Möge sie der proletarischen Mutter in ihren exzitierenden Sorgen und Nöten eine gewissermaßen Freunden und Mutter werden. Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine farburierte und eine Mißgabe im Geschenkband. Die farburierte Ausgabe kostet 50 Pf. die Ausgabe im Geschenkband 75 Pf.

Kommunale Braxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesocialismus. Verlag Buchhandlung Borwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Quartal M. 2,50 egl. Porto frei. Biwöchig. Probeheft sendet auf Verlangen gratis und pronto die Verlagsbuchhandlung.

„Sozialdemokratische Blüfschriften.“ Zwei neue Fortsetzungen dieser Sammlung sind von der Buchhandlung Borwärts herausgegeben. Das 2. Heft behandelt: „Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie“. Im 3. Heft: „Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen“ und die Notwendigkeit der Vertretung der Arbeiter an den Aufgaben der Gemeindeverwaltung dargelegt und die von der Sozialdemokratie eroberten allgemeinen Forderungen erörtert. Einzelne Heft der Blüfschriften Sammlung kostet 10 Pf. und ist von jedem Kolporteur und durch die Parteibuchhandlung zu beziehen.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 23 des 17. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf. unter Kreisband 85 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

„Zu freien Stunden“. In Nr. 46 der illustrierten Zeitschrift beginnt eine hochinteressante Veröffentlichung: „ Romeo und Julia“. Die vorsichtige Uebertragung ins Deutsche kann von Eduard von Wilow. Zu beziehen in die Zeitzeitung in wöchentlichen Heften à 10 Pf. = 12 Heller = 15 Cent durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur.

Der „Wahre Jacob“ Nr. 23 seines 25. Jahrgangs. Aus ihrem Inhaltsverzeichnis wir die beiden farbigen Bilder „Deutschlands neuer Staatsbürger“ und „Bei lebet noch!“ Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Briefkasten.

\* Die Nummer 47 des „Grundstein“ muss des Bürgertages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Briefvereine bzw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzufinden, daß sie spätestens am Montag Mittag in unsere Hände gelangen.

Denkhausen, F. H. Der Arbeitslohn ist in diesem Falle nicht anzutreuen.

Pöhlau, W. J. Bei den dichten Angaben über das Mietverhältnis im allgemeinen läßt sich im voraus nicht sagen, wie der Sprudel des Gerichts ausfallen wird. Bei einem geordneten Mietverhältnis muß Miete so lange gezahlt werden wie der Mietvertrag dauerst. Ist der Mietvertrag auf ein Jahr abgeschlossen worden, so muß auch für diese Zeit die dafür festgesetzte Miete bezahlt werden, ganz gleich, ob der Mieter die genannte Sache benötigt oder nicht.

Salzbrunn, J. H. Ja, der Unternehmer ist leider dazu berechtigt.

Wermelskirchen. Der Bericht eignet sich nicht zur Veröffentlichung im „Grundstein“.

Ahldorf. Wir haben angenommen, daß die Versammlung am 17. November stattfinden soll, auf der Karte war keine Angabe darüber gemacht.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorsstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Cuxhaven.

Das Verkehrslokal der fremden Maurer befindet sich bei Ph. Devant, Hotel Stadt Hannover, Deichstr. 34. [M. 1,50] Die fremden Maurer von Cuxhaven.

### Leipzig.

Die Herberge der fremden Maurer befindet sich jetzt Seeburgstr. Nr. 82, „Zum kleinen Volksaus“. [M. 1,20]

### Gosslerhausen.

Der Vorsitzende H. Bindein wohnt jetzt in Gosslerhausen. [M. 1,20] Der Vorstand.

### Rohr i. Th.

Die Adressen des Zweigvereins lauten: Hugo Ender, Vorsitzender; Friedrich Petzler, Kassierer, beide Wohnhaft im Vereinlokal Dombergdamm 11 in Rohr i. Th. [M. 1,80]

Der Kollege Robert Leibrok aus Burbach, Geb.-Nr. 76 522, wird wegen Sterbefalls in seiner Familie von seinen Angehörigen geschieden. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden freundlich gebeten, dies mitzuteilen an [M. 1,50] Josef Schroth, St. Johann, Gerberstr. 24.

Der Maurer Karl Walter, geb. 19. Juli. 1883 zu Posen, wird gebeten, seine Adresse an sein schwer krankes Mutter gelangen zu lassen. Die Kollegen, die den Aufenthaltsort des Walter kennen, werden gebeten, seine Adresse dem Zweigverein verständig in Posen anzugeben. [M. 1,50]

### Sterbetafel.

(Hierüber steht ebenfalls veröffentlichte mit der Todestabelle des Verbandsmitgliedes, von dessen Tod und Sterbtag einer Stadt nach dem Gesetz festgestellt wird. Die Zeile kostet 10 Pf.)

Berlin. (Sektion der B. U. P. U. E.) Am 7. November starb unser Kollege Johannes Petzold im Alter von 34 Jahren an Gehirnhautentzündung.

Dresden. Am 31. Oktober starb unser Verbandsmitglied, der Kollege Emil Fischer aus Leubnitz bei Dresden, im Alter von 36 Jahren an Lungenschwindsucht.

August Berger aus Klein-Nauendorf bei Dresden im Alter von 52 Jahren an Lungenschwindsucht.

Eisenach. Am 30. Oktober starb nach langem, schwerem Leben unser Kollege Karl Kessler im Alter von 28 Jahren. — Am 4. November starb nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege Jakob Lind im Alter von 32 Jahren.

Görlitz. Am 7. November starb unser Verbandsmitglied Karl Seifert aus Ludwigsdorf im Alter von 61 Jahren an Magenleiden.

Groß-Renendorf. Am 17. Oktober wurde unser Verbandsmitglied und klassischer Franz Lorenz in der Ober-Ort aufgefunden. Er starb, 20 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben.

Karlstadt. Eggenstein. Am 7. November starb unser Verbandsmitglied Willhelm Schreiber im Alter von 31 Jahren an Nierenleiden. — Wörth. Am 5. November starb unser Verbandskollege Johann Wolfzorn im Alter von 61 Jahren an Gehirnleiden.

Stiel. Am 2. November starb unser Kollege Heinrich Prehn im Alter von 57 Jahren an Lungenschwindsucht.

Wachen. Am 4. November starb nach kurzen Leidern unser Kollege Karl Günther aus Alten-Lieben im Alter von 61 Jahren an Magen- und Darmblutung.

Raumburg. Am 5. November starb nach schwerem Leidern unser Verbandskollege Karl Bräutigam im Alter von 37 Jahren an Lungen- und Bauchs- und Rippenfellentzündung.

Nürnberg. Am 5. November ist unser Verbandskollege Heinrich Tron im Alter von 23 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.

Weissenfels. Am 8. November starb unser Verbandskollege Wilhelm Brandt im Alter von 46 Jahren an Herzschlag.

Zwickau. Am 9. November starb unser treuer Verbandsmitglied Karl Seeling im Alter von 46 Jahren an Lungenschwindsucht.

Ehre ihrem Andenken!

Der Maurer Friedrich Lessing, geb. in Dittichenrode b. Rosita a. S., wird von seiner Mutter erzählt, sofort nach Hause zu kommen, da ein Vater gestorben ist. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden erzählt, dem Zweigverein Rosita a. S. Friedrich Schmidt, Wölfin, Nr. 2, Mitteilung zu machen. [M. 1,50]

### Itzehoe.

Sonntag, den 24. November, Abends 7 Uhr.

### Herbstvergnügen

in der „Alten Apotheke“

bestehend in Verlosung und Ball.

Die Kollegen von Itzehoe und Umgegend werden hierdurch freundlich eingeladen. [M. 2] Das Festkomitee.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 17. November.

Allstedt, Nachm. 3 Uhr im Verkehrslokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Fürstenwalde, Vorm. 10 Uhr bei Natur, Alterstraße.

Lochau, Nachm. 3 Uhr bei Herrn Weber in Rohnh.

Werdau, Nachm. 9/10 Uhr in der „Feuerkugel“. Bücher mitzubringen.

Wiesenburg, Nachm. 2 Uhr im Vereinstoß.

Freital, Nachm. 3 Uhr im „Gothic zum goldenen Schwert“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Donnerstag, den 21. November.

Grünberg I. Schl., Nachm. 6 Uhr in Adams-Vor. Referent anwesend. Bürger sind mitzubringen.

Sonnabend, den 23. November.

Muskau, Abends 8/9 Uhr in Morestas-Vor. Mitgliedsbücher sind mitzubringen! (Sectio der Fleischtelleger). Abends 9 Uhr im Gewerbehof. Bürger sind mitzubringen.

Nürnberg, (Historischer Hof), Neue Gasse. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Oeynhausen, Abends 1/2 Uhr bei Sande. Der Sprechende ist anwesend.

Sonntag, den 24. November.

Würzburg, Vorm. 10 Uhr im „Ochsen“. Referent anwesend.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.